

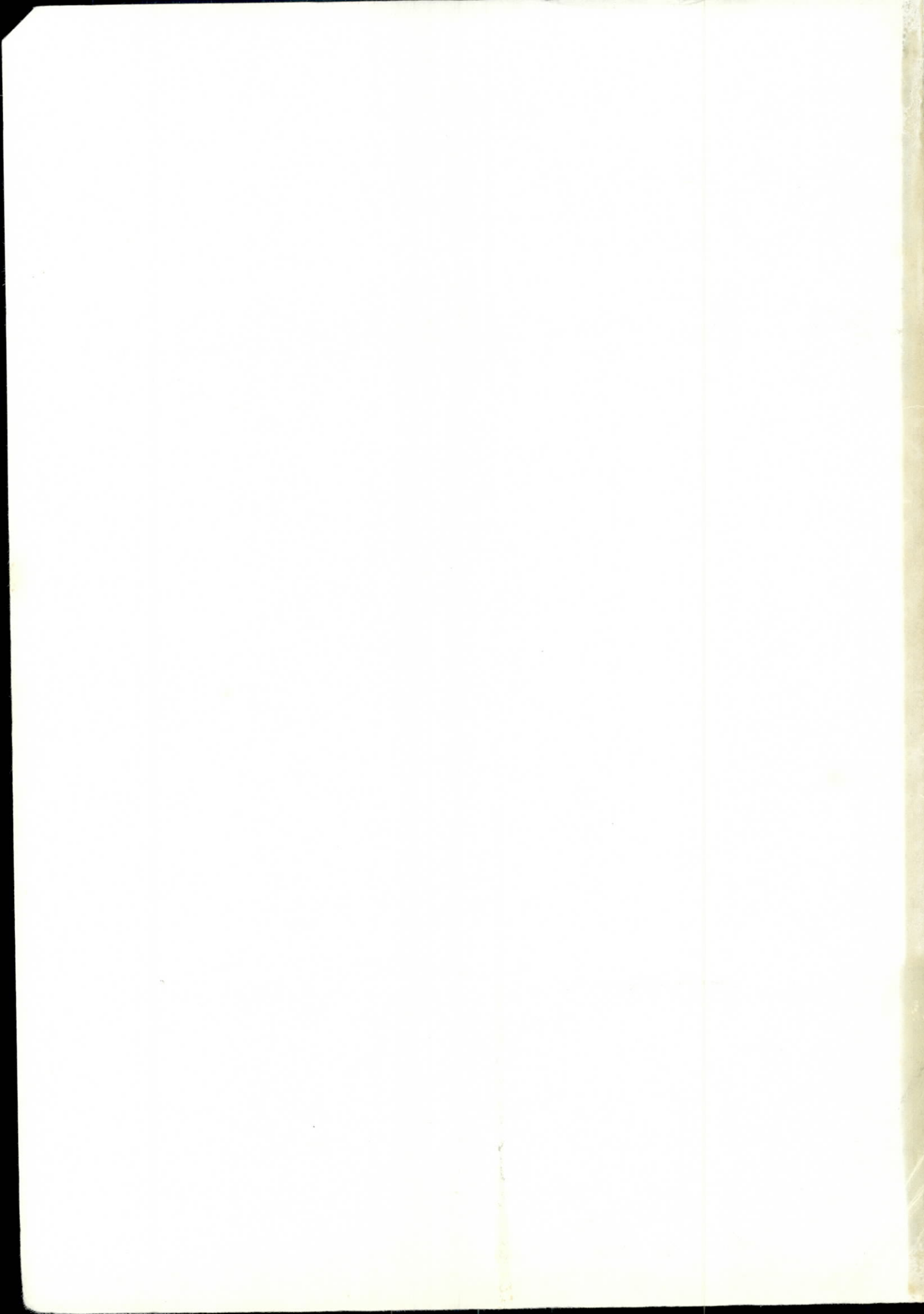
Gruppe Internationale Marxisten
Revolutionär – Kommunistische Jugend

GIM
RKJ

Roter Punkt in Esslingen

Dokumentation
über die Aktion
Juni / Juli 1971





Inhalt

Die Situation in Esslingen	5
Die Vorbereitung der Aktion	7
Straßenbahnverkehr eingestellt!	11
Polizei und Stadtverwaltung ratlos	15
"Die Stadt mahnt"	17
Die E. Z. lädt ein	21
Die Rädelsführertheorie	25
Aktionsbündnis mit dem D. G. B. ?	27
Nach drei Wochen: Blockade zerschlagen	31
Die politischen Möglichkeiten und Bedingungen einer Fahrpreiskampagne	37
Anhang: "WAS TUN" IN DER SCHULE	
FLUGBLÄTTER (Auswahl)	

Neuer Straßenbahntarif der Straßenbahn Esslingen-Nellingen- Denkendorf GmbH

Mit Zustimmung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg werden vom 1. Juli 1971 an die Fahrpreise für die Straßenbahn und für die Omnibuslinien De, Q, R und Ru wie folgt neu festgesetzt:

1. Gesamtpreistafel

Teilstrecken	Einzelfahrpreise Erwachsene		Wochenkarten 5 Tage DM	Monatskarten	
	mit Fahr- schein Pf	mit Mehr- fahrtenkarte Pf		für Erwachsene DM	für Schüler DM
1	70	60	5.—	24.—	18.—
2	80	70	6.—	29.—	21.—
3	90	80	7.—	34.—	25.—
4	110	100	8.—	37.—	28.—
5	150	140	10.—	46.—	34.—
6					
7					
8					
1—8	Kinder 50	40			

2. Mehrfahrtenkarten

Die Streifenkarten mit 20 Streifen zu 2 DM gelten vorläufig weiter. Die Zahl der zu entwertenden Abschnitte bestimmt sich nach der neuen Gesamtpreistafel. Nach der Einführung von Entwertern werden folgende Mehrfahrtenkarten ausgegeben.

Teilstrecken Erwachsene	Zahl der Abschnitte	Preis DM
1	5	3.—
2	5	3.50
3	5	4.—
4	5	5.—
Für fünf und mehr Teilstrecken sind dann zwei Abschnitte der Mehrfahrtenkarte für vier Teilstrecken (5 DM) zu entwerten.		
Kinder 1—8	5	2.—

Die Einführung dieser Mehrfahrtenkarten wird noch bekanntgegeben.

- Lehrlinge erhalten eine Schülermonatskarte, wenn ihr Monateinkommen 240 DM nicht übersteigt.
- Der Teilstreckenplan und die übrigen Tarifbestimmungen gelten unverändert weiter. Eine Umschreibung der Zeitkarten ist daher nicht erforderlich.

Straßenbahn Esslingen-Nellingen-Denkendorf GmbH

Städtischer Verkehrsbetrieb Esslingen a. N.

Bekanntmachung

Erlass Nr. 10 Kl / Städt. Verkehrsbetrieb Esslingen /
Beschluss vom 21.6.1971 hat das Regierungspräsidium
Württemberg die nachstehend aufgeführten Fahr-
preise genehmigt:

1. Erwachsene

Einzelfahrscheine mit Umsteigerberechtigung	einheitlich	—,70 DM
Mehrfahrtenkarten für 5 Fahrten zu 60 Pf mit Umsteigerberechtigung	einheitlich	3,— DM

2. Kinder

ohne Rücksicht auf die Streckenlänge bis zum 6. Lebensjahr	frei	
von 6 bis 12 Jahren, Einzelfahrscheine		—,40 DM
Mehrfahrtenkarten für 5 Fahrten zu —,30 DM		1,50 DM

3. Wochenkarten für 12 Fahrten

entsprechend 6 Hin- und Rückfahrten je Kalenderwoche		
1 bis 2 Teilstrecken, Preisst. R		4,50 DM
3 bis 4 Teilstrecken, Preisst. S		5,— DM
5 bis 8 Teilstrecken, Preisst. T		5,50 DM
über 8 Teilstrecken, Preisst. U		6,— DM

Wochenkarten für 10 Fahrten

5 Hin- und Rückfahrten je Kalenderwoche		
1 bis 2 Teilstrecken, Preisst. R		4,— DM
3 bis 4 Teilstrecken, Preisst. S		4,50 DM
5 bis 8 Teilstrecken, Preisst. T		5,— DM
über 8 Teilstrecken, Preisst. U		5,50 DM

4. Monatskarten

a) Erwachsene		
1 bis 2 Teilstrecken, Preisst. A		19,— DM
3 bis 4 Teilstrecken, Preisst. B		21,00 DM
5 bis 8 Teilstrecken, Preisst. C		23,— DM
über 8 Teilstrecken, Preisst. E		25,— DM
b) Seniorenkarten für Rentner und Pensionäre		11,— DM
c) Schüler zwischen Wohnung und Schule ohne Rücksicht auf die Streckenlänge		14,— DM
d) Lehrlinge zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ohne Rücksicht auf die Streckenlänge		15,— DM

Die Gültigkeit der bisherigen Fahrscheine für 4 Fahrten wird bis zum 31. August 1971 befristet.
Esslingen a. N., den 22. Juni 1971

Städtischer Verkehrsbetrieb
Esslingen am Neckar

Vorwort

Seit 1969 in Hannover hat es in der BRD zahlreiche Rote-Punkt-Aktionen gegeben. Sie waren verschieden in ihrem Charakter: in der politischen Führung, der Aktionsbasis und der Reaktion von bürgerlichem Staat, Parteien, Presse und Polizei. Gemeinsam war aber ihre antikapitalistische Stoßrichtung, die Erkenntnis, daß es sich bei der katastrophalen Situation im öffentlichen Nahverkehr eben um ein Resultat jener fundamentalen Widersprüche handelt, die endgültig nur in einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft gelöst werden können. Gemeinsam war vor allem die Sympathie und Unterstützung, die die Bevölkerung den Aktionen entgegenbrachte (wenn gleich bürgerliche Informationsmonopole nach Kräften versucht haben, die Aktionen der Jugendlichen zu diffamieren). Die Rote-Punkt-Aktionen, deren Ursprung wohl in der APO zu suchen ist, haben sich zu einer Bewegung entwickelt, die die Chance hat, an die Tradition der Arbeiterklasse anzuknüpfen. Unsere Aufgabe war es nicht, mit der vorliegenden Dokumentation lokalbeschränkte Geschichte zu schreiben; es war vielmehr notwendig, eine Analyse der Ereignisse zu liefern, den Versuch zu unternehmen, eine Rote-Punkt-Aktion theoretisch zu erfassen und auf diese Weise eine hier gewonnene Kampferfahrung weiter zu geben.

Oktober 1971

G I M und RKJ
Esslingen



Die Situation in Esslingen

DIE POLITISCHE LAGE

In der 80 000 Einwohner zählenden Industriestadt Esslingen am Neckar besitzt im Gemeinderat der "Bürgerliche Block" (CDU/FDP/Parteilose Wählervereinigung) mit der Stimme des Oberbürgermeisters eine knappe Mehrheit. Die SPD ist die stärkste Fraktion und stellt, zusammen mit einem DKP-Stadtrat gerade die Hälfte der Gemeinderatssitze.

Die Linke besitzt in Esslingen einige Tradition. Bald nach der Blockade der "BILD"-Druckerei Bechtle (Herausgeber der "Esslinger Zeitung" und anderer Lokalblätter) an Ostern 1968 und dem Anti-Springer-Tag Ende April 68 (anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der EZ) wurde der "Sozialistische Club Esslingen" (SCE) gegründet, der sich im Herbst 69, zu Beginn der Organisierungsphase der zersplitternden APO, auflöste. Ein Teil der weiterhin politisch arbeitenden Mitglieder ging zu den Tübinger Maoisten (KAB und RJ/ML), ein größerer arbeitet in der "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM, deutsche Sektion der IV, Internationale) und der Revolutionär-Kommunistischen Jugend (RKJ). Letztere stellen mit ihren Sympathisanten die stärkste Gruppe innerhalb der Esslinger Linken. Die Jungsozialisten (Jusos) sind zahlenmäßig ebenfalls stark, sie machen aber keine differenzierte Politik gegenüber der "Mutterpartei" SPD, sondern treten in der Öffentlichkeit als "junge Mannschaft" der SPD im Wahlkampf auf ("ihr" Kandidat ist MdB), und gehen keine Bündnisse mit linken Gruppen ein.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist zahlenmäßig nicht unbedeutend, aber völlig überaltert. Ihr Einfluß auf die Jugend ist gleich Null, eine SDAJ gibt es nicht.

Politische Hochschulgruppen, die in anderen Städten die linke Szene beherrschen, fehlen an der Pädagogischen Hochschule ganz, der maoistische AStA der Staatlichen Ingenieurschule kann keinerlei Führungspositionen beanspruchen (wie etwa der ehemalige SDS in Heidelberg).

Die letzte politische Demonstration wurde im Mai 68 vom damaligen SCE gegen die Notstandsgesetze durchgeführt (60 Teilnehmer), Demonstrationserfahrung besteht überhaupt keine - auf diesem Hintergrund muß man die für andere Verhältnisse "kleinen" Demonstrationen bei der Roten-Punkt-Aktion sehen.

DER ÖFFENTLICHE NAHVERKEHR

Es gibt in Esslingen die Städt. Verkehrsbetriebe mit einem Liniennetz im Stadtgebiet selber, außerdem die Straßenbahnlinie Esslingen-Nellingen-Denkendorf (END), eine GmbH, an der zu je etwa einem Drittel die Stadt Esslingen, die Stadt Stuttgart (Stuttgarter Straßenbahn AG) und die an die Straßenbahn angeschlossenen Gemeinden beteiligt sind. Ferner bestehen vier privatkapitalistische Busunternehmen, die in einem Verkehrsbund GmbH zusammengeschlossen sind. Diese Buslinien erschließen hauptsächlich die weiter entfernt liegenden Gemeinden des Landkreises Esslingen. Durch diese Zersplitterung der Verkehrsträger entsteht ein verkehrs- und tarifpolitisches Chaos, dessen Folgen allein die Fahrgäste zu tragen haben. Sämtliche öffentliche und privaten Verkehrsbuslinien treffen am Bahnhof zusammen - ein günstiger Umstand für die Aktion Roter Punkt.

DIE TARIFERHÖHUNGEN ZUM 1. JULI

Ende Mai wird bekannt, daß neben der Straßenbahnlinie END auch die Städt. Verkehrsbetriebe ihre Tarife erhöhen. Diese Fahrpreiserhöhungen wurden im Esslinger Gemeinderat gegen die Stimmen von SPD und DKP beschlossen.

Die Städtischen Verkehrsbetriebe erhöhen ihre Wochen-, Monats- und Mehrfahrkarten um durchschnittlich 15% ; bei der Straßenbahn beträgt die Erhöhung durchschnittlich 16%, doch werden hier die Schülermonatskarten um 50% teurer.

Nun wirkt sich eine Ungleichheit in der Bezuschussung der Schülermonatskarten besonders gravierend aus: Die Schüler aus Gemeinden des Landkreises Esslingen bezahlen pauschal 8 DM für ihre Monatskarten, der Rest wird vom Land Baden-Württemberg getragen. Die Stadt Esslingen bezahlt bisher für Schüler, die innerhalb des Stadtgebietes wohnen, einen Zuschuß von 3 DM, die Schüler bezahlen 9-10 DM selbst. Nach der Fahrpreiserhöhung müssen jetzt die Schüler des Stadtteils Zollberg (Arbeiter- und Angestelltenwohnsiedlung) statt 9 DM nun 15 DM selbst bezahlen.

Dieser Tatsache kommt bei der Mobilisierung der Schüler große Bedeutung zu, obwohl die Aktion der Schüler zu jedem Zeitpunkt gegen die allgemeine Fahrpreiserhöhung gerichtet war. Jedoch Presse, Stadtverwaltung und Straßenbahngesellschaft - und damit die Organe, die den größten organisierten Einfluß auf die öffentliche Meinung haben - reduzieren das Problem der Fahrpreiserhöhung auf diese "besonders ungerechte Regelung".

Die Vorbereitung der Aktion

Am 1. Juni verschickt die RKJ an DGB, Jusos, RJ/ML, DKP, AStA PH, AStA Ingenieurschule, Schülermitverwaltungen der Esslinger Gymnasien und verschiedene Jugendorganisationen einen Aufruf mit folgendem Text:

"Die RKJ Esslingen ruft Gewerkschaften und Jugendorganisationen zur Gründung eines ROTEN-PUNKT-Aktionskomitees auf, um der zum 1.7.71 vorgesehenen Fahrpreiserhöhung bei den Städtischen Verkehrsbetrieben und der Nellinger Straßenbahn END wirkungsvoll begegnen zu können. Ein erstes Treffen wird am 3.6.71 stattfinden."

DONNERSTAG 3.6.71: Zur ersten Komiteesitzung erscheinen Vertreter vom Esslinger Lehrlingszentrum, Naturfreundejugend, RJ/ML, Jugendaktionskreis (JAK), DFU, AStA PH, RKJ, sowie verschiedene Schüler. Ein gemeinsames Flugblatt wird beschlossen. 1 000 Plakate mit der Aufschrift "Fahrpreiserhöhungen? Laßt's euch nicht gefallen!" und dem roten Punkt werden gedruckt und im Lauf des Monats verklebt.

SAMSTAG 12.6.: In der EZ erscheint ein erster Artikel zur AKTION ROTER PUNKT, der sich auf unsere beiden ersten Flugblätter stützt. Die Überschrift läßt schon jetzt vermuten, auf welche Seite sich die EZ im Laufe der Auseinandersetzungen stellen wird. Für die EZ sind nicht Preiserhöhungen, sondern Demonstrationen ein "Stein des Anstoßes". Daß Rote-Punkt-Aktionen in anderen Städten (z. B. Hannover) sehr erfolgreich verlaufen sind, weiß die EZ natürlich nicht zu berichten:

MITTWOCH 9.6.71: Das erste Flugblatt wird in einer Auflage von 8 000 Stück verteilt. In ihm wird darauf hingewiesen, daß in anderen Städten Fahrpreiserhöhungen auf Grund massiver Proteste wieder rückgängig gemacht wurden.

Unsere Forderungen heißen:

- für sofort: KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN
- für den Übergang: EINFÜHRUNG EINES EINHEITSTARIFS VON 50 PFENNIG
- endgültig: NULLTARIF FÜR ALLE „d. h. freie Fahrt zur Ausbildungsstätte und zum Arbeitsplatz.

Die Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel werden zum Boykott aufgerufen, die Autofahrer zur Unterstützung der Aktion durch ihre Beteiligung am Mitfahrdienst.

In der 2. Sitzung des Aktionskomitees setzt die RKJ ihre Forderung NULLTARIF AUF UNTERNEHMERKOSTEN verbunden mit der GLEITENDEN LOHN - PREISSKALA durch.

● Solidaritätsbasis?

Ob der Aktion „Roter Punkt“ in Esslingen ein Erfolg im Sinne der Initiatoren beschieden sein wird, hängt nicht nur davon ab, wie stark die Solidaritätsbasis aller von den bevorstehenden Preiserhöhungen betroffenen Bürger ist. Erfahrungen mit ähnlichen Aktionen in anderen Städten haben gezeigt, daß nach teilweise gutem Anlaufen die Macht der Gewohnheit, sprich trotz gestiegener Preise das altvertraute öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, größer gewesen ist und eine Revidierung der Tarife nach unten oder gar die Einführung des sogenannten „Nulltarifs“ nicht zu erreichen war, weil von einem „Aushungern“ der Verkehrsträger nicht die Rede sein konnte. Man wird sehen, welchen Ausgang die bevorstehende Aktion „Roter Punkt“ in Esslingen nehmen wird.

Der „Rote Punkt“ – ein Stein des Anstoßes?

Aktionskomitee will nach dem Beispiel in anderen Städten gegen Tarifierhöhungen protestieren

MITTWOCH 16.6.: Der Direktor der Städt. Verkehrsbetriebe, Sahm, erscheint, beunruhigt durch die Flugblätter und Plakate, im Aktionskomitee, und bittet, die Rote-Punkt-Aktion nicht zu starten. Er begründet seine Bitte mit dem Hinweis, daß die Städtischen Verkehrsbetriebe ohnehin gegenüber den privaten Busunternehmen billiger wären und daß ohne einen Ausgleich des Defizits durch Fahrpreiserhöhungen der Stadt für andere wichtige Sozialleistungen z. B. Kindergärten, die Mittel fehlen würden. Als einen ersten Schritt zur Verbesserung der Verkehrslage in Esslingen nennt Herr Sahm auch die Einführung eines Kommunalen Verkehrsbundes. Zur Enteignung der privaten Verkehrsbetriebe sieht er aber keine rechtliche Grundlage, im Gegensatz zu uns, da wir uns auf Artikel 14 des Grundgesetzes stützen, der eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zuläßt.

Auf derselben Sitzung lehnt die SPD eine Teilnahme an der Aktion ab. Durch unsere Genossen werden Unterschriften in den Betrieben gesammelt. Die Listen haben folgenden Text: Wir fordern die Gewerkschaften hiermit auf, gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen der Städt. Verkehrsbetriebe und der Straßenbahn zum 1. Juli Stellung zu nehmen und die dagegen geplante Rote-Punkt-Aktion aktiv zu unterstützen.

Diese Unterschriftenlisten sollen an den Stadtrat weitergegeben werden.

MONTAG 21.6.: Die Jusos lehnen eine Teilnahme ab, da sie keine Aktionseinheit mit kommunistischen Gruppen eingehen dürfen, und zudem mit dem SPD - "Kommunalwahlkampf" beschäftigt sind.

MITTWOCH 23.6.: Die DKP, die sich in ihrer Wochenzeitung "Unsere Zeit" (UZ) immer wieder ihrer Aktivität bei den Rote-Punkt-Aktionen, z. B. in Göttingen, Hamburg, Heidelberg, rühmt, lehnt eine Teilnahme ab, denn "Aktionskomitees", die sich zwar "Roter - Punkt" nennen, aber nicht die Unterstützung der entscheidenden Kräfte finden, können eine echte Bewegung nicht ersetzen. (Esslg. Kontraste = DKP-Zeitung Nr. 6, 71). Mit den "entscheidenden Kräften" ist hier die Gewerkschaftsbürokratie gemeint, ohne die die DKP keine Schritte unternimmt. Sie behauptete, was uns später von IG-Metall-Bürokrat Trettin bestätigt wurde, daß die Gewerkschaften nicht mitmachen würden, weil sie von "ultralinken Gruppen" angeschrieben worden seien.

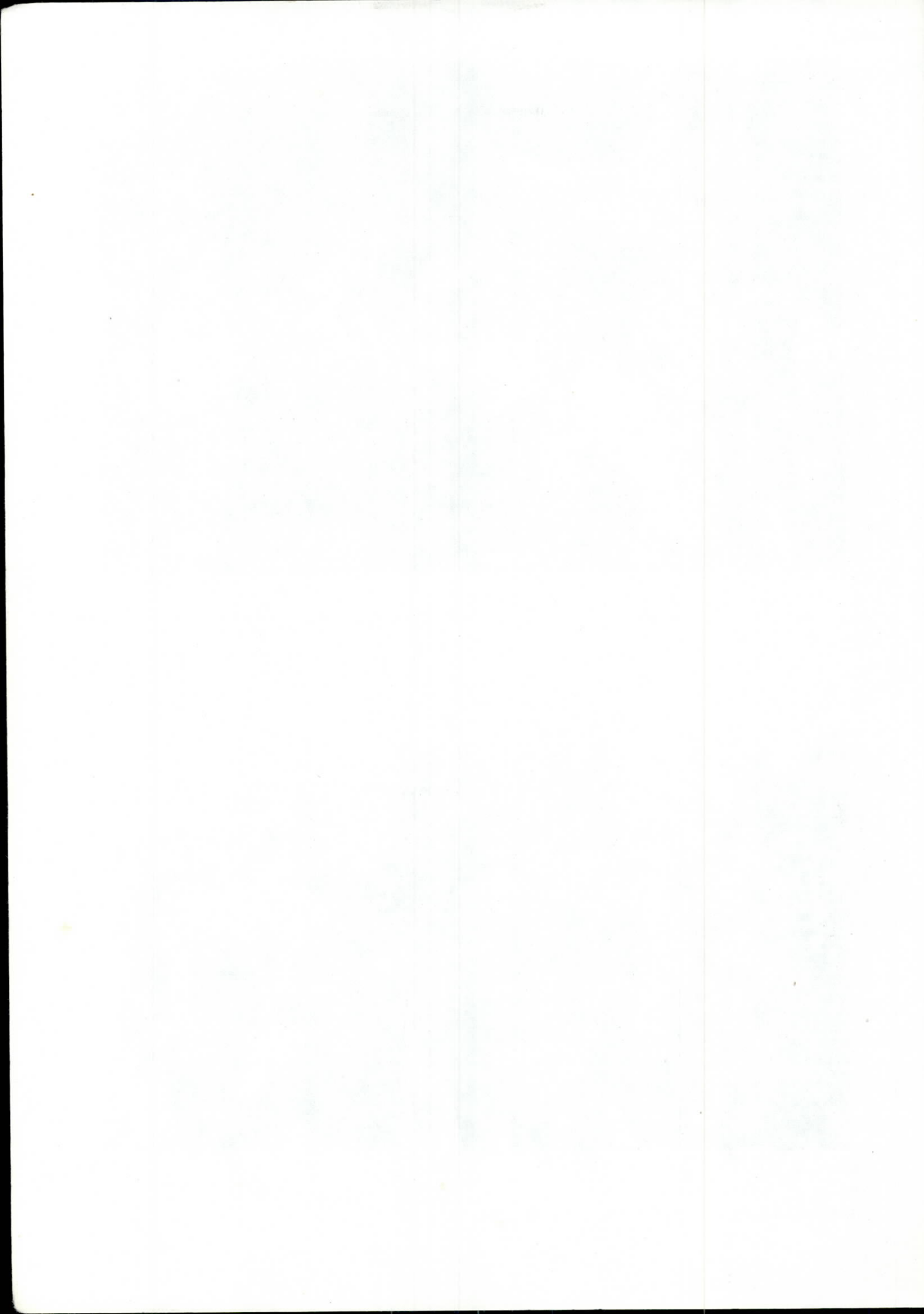
DONNERSTAG 24.6. - SAMSTAG 26.6.: An Informationsständen am Bahnhof und in der Innenstadt werden Unterschriften gesammelt, mit denen die Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhungen protestiert. Allein an diesen 3 Tagen kommen über 2 000 Unterschriften zusammen. Der Zweck der Unterschriftensammlung ist vor allem propagandistisch: Soviel Leute wie möglich sollen auf die Fahrpreiserhöhung und auf das Aktionskomitee dagegen aufmerksam gemacht werden.

FREITAG 25.6.: Über Flugblätter und durch ein großes Transparent, das über dem Infostand am Bahnhof hängt rufen wir zu einer Demonstration auf. 300 (St:Z.: 150) Jugendliche, meist Schüler marschieren, von der Kripo begleitet und fotografiert, durch die Esslinger Innenstadt mit Transparenten und Sprechchören wie:

- "Mit dem Roten-Punkt für den Kommunalen Verkehrsverbund"
- "Roter-Punkt heißt Fahrpreisstop"
- "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz, freie Fahrt zur Schule"



DEMONSTRATION AM 25. JUNI



Dabei wird das Flugblatt Nr. 4 an die Bevölkerung verteilt und Unterschriften gesammelt.

Nach Beendigung der Demonstration kommt es zu spontanen Blockaden von Straßenbahn und Omnibus am Bahnhofplatz. Diese Blockaden lösten wir nach einiger Zeit auf, mit dem Hinweis: "So wie wir jetzt 'zur Übung' symbolisch blockieren, blockieren wir ab 7. richtig".

DIENSTAG 29.6.: Mit einer progressiven Esslinger Beatgruppe findet in der PH eine Veranstaltung statt, deren Erlös zur Finanzierung der Roten-Punkt-Aktion dient.

MITTWOCH 30.6.: Erneute Demonstration von 300 Jugendlichen. Anschließend wieder kurze Blockaden am Bahnhof, Besetzungen von Straßenbahnen - man

erzwingt so symbolisch den Nulltarif. Aus den Türen der besetzten Straßenbahn wehen rote Fahnen. Die Polizei greift nicht ein. Danach findet in der PH eine Versammlung statt, auf der die Aktionen für den folgenden Tag, an dem die Fahrpreiserhöhungen in Kraft treten, besprochen werden.

Am gleichen Tag verläßt der AStA der PH Esslingen unter fadenscheiniger Begründung das Aktionskomitee, nachdem die Mitarbeit schon mehrmals vorher in Frage gestellt war. Der Zutritt zu den Räumen der PH wurde uns verwehrt. Außer bei der Raumfrage machte sich das Ausscheiden jedoch nicht bemerkbar.

Ab jetzt leistete die RKJ im Aktionskomitee fast die gesamte organisatorische und technische Arbeit.

Mit den ersten beiden Demonstrationen geht die RPA aus einer rein propagandistischen Phase (Flugblattverteilen, Plakatkleben) in die 2. Phase der direkten Mobilisierung über. Ab jetzt existiert nicht nur ein "ominöses" Aktionskomitee sondern der Rote Punkt hat in der Öffentlichkeit, besonders unter den Schülern, eine reale Basis gefunden, die entschlossen ist, ihre Forderungen durchzusetzen - das versucht die EZ natürlich, zu vertuschen.

Der Rote Punkt lebt. Und er lebt auch ohne die Mitarbeit von DKP und Jusos. Von den Jusos war eine Teilnahme am Aktionskomitee kaum zu erwarten in einer Aktionsgemeinschaft mit Kommunisten hätten die Mitglieder der "jungen Mannschaft" manche vielversprechende Parteikarriere aufs Spiel gesetzt. (siehe Hamburger Parteiausschluß). Außerdem hätte die konsequente politische Reflexi-

on einer RPA samt den sich daraus ergebenden Konsequenzen geradezu einen Frontalangriff auf sozialdemokratische Gesinnung und reformistisches Flickwerk bedeutet.

Die DKP rühmt sich zwar in ihrer Presse großer Aktivitäten bei RPA's, daß davon in Esslingen nicht viel zu sehen war, hat eher parteitaktische Gründe - 3 Monate vor der Gemeinderatswahl wollte sich die DKP dem Wahlvolk nicht als Partei präsentieren, die Demonstrationen unterstützt, die Aktionen auf der Straße macht und die womöglich noch mit der Polizei in Konflikt gerät. Seriösität (sprich Opportunismus) war wohl eher gefragt. Eine politische Differenzierung gegenüber revolutionären Gruppen wäre der DKP in Esslingen sicher weniger gelungen, als vergleichsweise in Hamburg, wo sie weiter links stehende Gruppen einfach verprügelte.

An den spontanen Blockaden im Anschluß an die beiden Demonstrationen entzündete sich eine Kontroverse zwischen RKJ und RJ/ML. Auf der einen Seite geben die Genossen der RKJ den spontanen Aktionen der Schüler eine politische Perspektive (... "so wie wir jetzt symbolisch blockieren, blockieren wir ab 1.7. richtig..."), auf der anderen Seite sammeln die RJ-Genossen ihre Megaphone ein und fordern die Schüler auf, die Straßenbahn nicht zu blockieren. Die RJ/ML vertritt die Ansicht, daß die öffentlichen Verkehrsmittel nur dann blockiert werden dürfen, wenn schon ein Mitfahrdienst angeboten werden kann. Diese Position ist prinzipiell richtig, aber in dieser Phase der Roten Punkt Aktion hatten die Blockaden nicht zum Zweck, den öffentlichen Nahverkehr lahmzulegen. Eine 5-Min.-Blockade bedeutet für die Fahrgäste noch nicht, daß sie zu Fuß nach Hause gehen müssen. Die Blockaden haben lediglich die Funktion, die Demonstranten zu mobilisieren und die Kampfbereitschaft zu manifestieren. Die Verkehrsbetriebe werden gewarnt.

Als der Mitfahrdienst später organisiert ist, müssen die Blockaden notwendigerweise zur Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs führen, aber unter den jetzigen Bedingungen kann ein RP-Mitfahrdienst nicht dazu dienen, den öffentlichen Nahverkehr zu ersetzen (siehe RPA in Ludwigsburg). Ziel der RPA ist es, die Verkehrsbetriebe zur Annahme ihrer Forderungen zu zwingen und damit ein politisches Exempel zu statuieren, die RPA ist mit einem Streik vergleichbar. Die Bevölkerung muß soweit politisiert werden, daß sie die Aktion mit ihrem nicht zu vermeidenden Unannehmlichkeiten als Kampfmaßnahme versteht und unterstützt. Auf der sogenannten demokratischen Massenlinie der Maoisten liegt diese Konzeption einer RPA freilich nicht.

Straßenbahnverkehr eingestellt !

DONNERSTAG 1.7.71: Die Fahrpreiserhöhungen treten in Kraft. Das Aktionskomitee hat die Demonstranten am Vortag aufgerufen, sich mittags (nach der Schule) am Bahnhofsvorplatz einzufinden. Dort wird ein Roter-Punkt-Bahnhof für Autofahrer organisiert (der erst allmählich Zuspruch findet), und die ersten Sitzblockaden werden durchgeführt. Organisiert und koordiniert werden die Aktionen vom Infostand aus. An Autofahrer, Fahrgäste und Passanten werden Flugblätter mit dem roten Punkt verteilt.

Der Esslinger Polizei gelingt es mit 10 bis 20 Beamten diese Blockade nach einiger Zeit aufzulösen. Die Polizeieinsätze werden von Mal zu Mal härter und von Mal zu Mal wird die Entschlossenheit der Demonstranten größer. Die Blockaden tragen zur Propagierung der Aktion Roter-Punkt bei der Bevölkerung bei; schon am Abend des ersten Tages anhalten genügend Autofahrer für den Mitfahrdienst. Oft ist die Zahl der Mitfahrplätze sogar größer als die der Fahrgäste.

„Rote-Punkt-Haltestellen“

Zum erstenmal in Esslingen — „Aktion zum Teil mißlungen“

(Kö) — Zum erstenmal gab es gestern in Esslingen, am Tag der Fahrpreiserhöhungen bei der Straßenbahn END und den Städt. Verkehrsbetrieben, „Rote-Punkt-Haltestellen“. Jugendliche Angehörige der „Aktion Roter Punkt“, zumeist Esslinger Schüler, versuchten gegen 12.30 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz den Straßenbahnverkehr der END zu blockieren und die Personenbeförderung über Privat-Pkw zu organisieren. Zu ersten Zwischenfällen kam es dank der besonnenen Haltung der Polizei und zumeist auch der etwa 200 jungen Demonstranten gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht.

Zu Beginn der spontanen Aktion auf dem Bahnhofsvorplatz wurden etwa vier Straßenbahnzüge an der fahrplanmäßigen Abfahrt gehindert, weil zahlreiche Demonstranten auf den Schienen saßen oder standen. Nach mehrmaligen Aufforderungen der etwa ein Dutzend eingesetzten Polizeibeamten wurden die Gleise zumeist ohne Gewaltanwendung geräumt. Lediglich einige wenige Demonstranten mußten von den Beamten zur Seite geschoben werden. Dabei kam es zu der einzigen vorübergehenden polizeilichen Festnahme. Nach Feststellung der Personalien wurde der Jugendliche, vermutlich ein Esslinger

Gymnasiast, wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Bus-Verkehr war so gut wie gar nicht beeinträchtigt worden.

Die „Aktion Roter Punkt“ gehören jetzt noch die Schülermitverwaltungen von vier Esslinger Gymnasien an, nachdem die ASTA der Pädagogischen Hochschule gestrichen aus dem Aktionskomitee ausgetreten ist. Zwar würden, so betont der ASTA, die Ziele der Aktion bejaht, aber die Studenten müßten sich zur Zeit vorrangig mit den neuen Hochschulgesetzentwürfen (Staatsgesetz, Fachhochschulgesetz und Bundesausbildungsgesetz) beschäftigen.

Wie ein Sprecher der Aktion gestern erklärte, sei die Organisation der Personenbeförderung trotz intensiver Aufklärungsarbeit zum Teil mißlungen. An den Informationsständen in Esslingen hätten bisher rund 4500 Passanten ihre Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen gegeben.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags nahm die Zahl der Demonstranten auf dem Bahnhofsvorplatz langsam ab.

Am Mittwochabend war es nach der bei der Polizei angemeldeten Demonstration der „Aktion Roter Punkt“ — die „EZ“ berichtete darüber — ebenfalls auf dem Bahnhofsvorplatz zu einer Störung des END-Straßenbahnbetriebes gekommen. Die dabei eingesetzten 25 Polizeibeamten warteten auf Order die Entwicklung ab und übten größte Zurückhaltung.

FREITAG 2.7.71: Der Mitfahrdienst funktioniert laufend besser, immer mehr Autofahrer nehmen Fahrgäste mit. Die Zahl der Demonstranten nimmt zu, die Blockaden werden massiver. Im Esslinger Industriegebiet und in Mettingen werden zwei weitere „Roter-Punkt-Bahnhöfe“ eingerichtet, doch in der Presse ist darüber nichts zu lesen. In den Stuttgarter Nachrichten vom 3.7. wird nur von

den am Abend passierten - auf Provokationen von Seiten der Polizei zurückzuführenden - Auseinandersetzungen berichtet.

In den Nachrichten des Süddeutschen Rundfunks am 2.7. um 22 h war sogar fälschlicherweise von Steinwürfen gegen die Polizei die Rede.

SAMSTAG 3.7.71: Am Vormittag findet in Esslingen ein Sternmarsch der Studenten von Staatlicher Ingenieurschule, Pädagogischer Hochschule und anderen Hochschulen des Landes statt. Diese Demonstration gehört zu den studentischen Aktionen gegen die Zerschlagung der Asten an den Fachhochschulen; sie ist hauptsächlich von maoistischen Gruppen organisiert und steht völlig unter dem Zeichen studentischer Interessenvertretung. Obwohl die RJ/ML in der RPA mitarbeitet, werden Genossen des AK von Ordnern daran gehindert, ein Flugblatt zum Roten Punkt zu verteilen.

Auf der anschließenden Kundgebung gelingt es einem Genossen des AK, das Wort zu ergreifen. Er fordert die Studenten auf, die RPA zu unterstützen und

erklärt, daß die Aktion eine Möglichkeit biete, sich für ein Bündnis mit den Lohnabhängigen und für deren Interessen einzusetzen; die Schüler hätten diese Möglichkeit erkannt, sie seien bisher jedoch von den Studenten im Stich gelassen worden. Ergebnis: nur wenige einzelne Studenten kommen zum Bahnhof.

Dem verbalen revolutionären Bekenntnis des KAB/ML zu einem Bündnis zwischen Studenten, Arbeitern und Bauern steht dessen Unfähigkeit gegenüber, eine Möglichkeit des konkreten Kampfs für proletarische Interessen zu vermitteln und die Studenten dafür zu mobilisieren. Unfähigkeit führt aber dort zum Opportunismus, wo um einer "ruhigen und geordneten" Demonstration willen politische Kämpfe aufgegeben werden.

Über die Ereignisse am Samstag schreibt die EZ am Montag (5.7.):

Straßenbahnverkehr vorübergehend eingestellt

Neue Zwischenfälle bei Aktion „Roter Punkt“ in Esslingen

(he) — Der lange Samstag am ersten Juliwochenende wurde in der Stadt Esslingen durch die Unmutsäußerungen der jungen Generation geprägt: Die Studenten der Staatl. Ingenieurschule (SIS) protestierten in einem Demonstrationzug gegen die Änderung der Landesregierung, das von einem Großteil von ihnen bestrekte Sommersemester 1971 als nicht bestanden anzurechnen, während die Anhänger der „Roten-Punkt“-Aktion hauptsächlich am Bahnhofsvorplatz ihre bereits in den vorhergehenden Tagen begonnenen Maßnahmen gegen die ab 1. Juli in Kraft getretenen Tarifierhöhungen bei der Straßenbahnlinie END und den Esslinger Städt. Verkehrsbetrieben fortsetzten.

Hitziger ging es um die Mittagszeit nach Schluß auf dem Bahnhofsvorplatz zu. Einige hundert Jugendliche hatten sich hier, wie in den Vortagen versammelt, um entweder Flugblätter der „Roten-Punkt“-Aktion zu verteilen, den Transport von Fahrgästen per Kraftfahrzeug von der provisorischen „Rote-Punkt“-Haltestelle aus zu organisieren, Freifahrten in den Straßenbahnen der Linie END zu erzwingen oder die Tram durch Sitzdemonstration — hierunter befanden sich auffallend viele Mädchen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren — auf den Schienen am Weiterfahren zu hindern. Einige Straßenbahnen wurden auf diese Weise bis zu einer Stunde blockiert.

Als mit Hilfe von Beamten der Göppinger Bereitschaftspolizei, die vorsorglich zur Unterstützung der Esslinger Ordnungshüter angerückt war, mehrere Sitzdemonstranten sistiert und zur Aufnahme ihrer Personalien zur Polizeiwache am Landolinplatz gebracht werden sollten, setzte ein Sturm auf die Polizeifahrzeuge ein. Viele

Sympathisanten wollten ebenfalls mitgenommen werden, um auf der Wache ihre Namen aktenkundig machen zu lassen. Rund 150 Demonstranten forderten vor der Polizeiwache am Landolinshof die Freilassung ihrer „Mitreiter“ und wollten aus Solidaritätsgründen Selbstanzeige gegen sich erstatten. Ein Angebot der Polizei, sich dafür in eine aufgelegte Liste einzutragen, stieß allerdings auf wenig Gegenliebe. Gegen 14 Uhr hatte sich die Menge am Landolinplatz verlaufen.

Megaphonbewehrter Koordinator

Nach einer kurzen Ruhepause wurde die „Stehaufmännchen-Taktik“ der Rote-Punkt“-Aktionisten gegen 17 Uhr auf den Straßenbahnschienen an der Haltestelle Zollberg fortgesetzt. Währenddessen lief, teils happeningartig, teils an beste APO-Zeiten erinnernd, die Vermittlung des Fahrgasttransports durch „Rote-Punkte“-Autos vom Bahnhofsvorplatz aus. Ein megaphonbewehrter Koordinator rief vom Dach

der Obushaltestelle Fahrmöglichkeiten aus: „Drei Plätze Oberesslingen, zwei Plätze Zollberg...“

Um 18 Uhr stellte dann die Straßenbahn ihren Betrieb ein, nachdem der letzte noch vom Bahnhof weggefahrenen Wagen mit einer zertrümmerten Fensterscheibe „verabschiedet“ worden war.

Aktionsziele

Laut einer Presseerklärung des Aktionskomitees „Roter Punkt“ — ihm gehören die Schülermitverwaltungen aller Esslinger Schulen, die Naturfreundejugend, die Ökumenische Jugend, die Revolutionäre Kommunistische Jugend (RKJ) und die Revolutionäre Jugend/Marxisten-Leninisten (RJ/ML) an — vom Samstagabend wurden erneut die Ziele der Aktion dargestellt: Es sind u. a. die

- sofortige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen vom 1. Juli,
- die Schaffung eines Einheitstarifs von vorerst 50 Pfennig für alle öffentlichen Verkehrsmittel im kommunalen Verkehrsverbund
- und später die endgültige Einführung des Nulltarifs.

Weniger Aktivitäten entwickelte die „Rote-Punkt“-Aktion am gestrigen Sonntag, an dem auch die Straßenbahn wieder fuhr.



SAMSTAG 3. JULI: STRASSENBAHNVERKEHR VORRÜBERGEHEND EINGESTELLT...



Für die ganze Aktion ist der Verlauf dieser ersten 3 Tage entscheidend. Die Zahl der Rote-Punkt-Autos nimmt ständig zu, der Mitfahrdienst funktioniert fast reibungslos. In spontanen Aktionen werden an verschiedenen Punkten Busse und Straßenbahn blockiert, Fahrten zum Nulltarif werden erzwungen. Bei einer Straßenbahnblockade auf dem Zollberg finden sich innerhalb kurzer Zeit über 100 Menschen ein, die ihre Sympathie für die Demonstranten nicht gerade verheimlichen. Am Infostand werden den Demonstranten Obst und Getränke spendiert, eine Sammlung erbringt am 1. Tag allein 350.-DM; Eier und Tomaten werden vom Lebensmittelhändler gratis gegeben. Polizisten werden durch photographierende Demonstranten und durch Diskussionen verunsichert.

Unter der Bevölkerung wächst die Solidarität mit den Demonstranten trotz - oder gerade wegen - der immer härter werdenden Polizeieinsätze. Die Unsicherheit, die bei den ersten Blockaden zwei Tage zuvor manchmal unter den Jugendlichen zu spüren war, hat sich in Kampferfahrung und Kampfbereitschaft verwandelt.

Die Esslinger Polizei, der es anfangs noch gelungen war mit ein paar Mann Blockaden aufzulösen, ist jetzt - verstärkt durch Göppinger Bereitschaftspolizei - mit über 50 Beamten im Einsatz und kann es doch nicht verhindern, daß die Straßenbahn um 18.30 Uhr nach eineinhalbstündiger Blockade den Betrieb einstellen muß. Die abziehenden Beamten werden mit Rufen wie "Sieg Heill" "SSI" "Nazis!" - ein Zwischenrufer: "Kapitalistenknechtel" und mit Faschistengruß verabschiedet.

Die Blockade ist durchgesetzt - die allgemeine Stimmung hat einen Höhepunkt erreicht.

So und so...

Die Esslinger Bevölkerung steht der „Aktion Roter Punkt“, soweit wir bis jetzt feststellen konnten, mit recht verschiedenen Ansichten gegenüber.

Es gibt nicht wenige, die über die Demonstrationen verärgert sind, sie als völlig unnütz bezeichnen und tadeln, daß durch sie Verkehrsteilnehmer - etwa durch Verspätungen oder Ausfall der Straßenbahn - in Mitleidenschaft gezogen werden. Unter den Kritikern der Aktion befinden sich auch solche, die meinen, sie sei insgeheim von extremer linker Seite gesteuert, wobei Jugendliche recht geschickt vor einen Karren gespannt würden, deren Lenker unsichtbar „fernsteuern“.

Andererseits begegnet die Aktion bei vielen Bürgern einem Verständnis, wie es bisher kaum einmal bei derartigen Demonstrationen Jüngerer vorhanden war. Außerer Beweis dafür ist, wieviele Autofahrer doch „Rote-Punkt-Passagiere“ mitnehmen. Das dürfte daran liegen, daß man in der Bevölkerung heutzutage zwar an Preiserhöhungen in einem gewissen Rahmen gewöhnt ist man es aber doch als außergewöhnlich und „demonstrationswürdig“ empfindet wenn z. B. die Schülerkarte der Straßenbahn END Zollberg-Bahnhof und zurück sich um 50 (in Worten: fünfzig!) Prozent verteuert. Für eine Familie mit zwei Schülern bedeutet das immerhin 12.- DM im Monat. Außerdem besteht nach wie vor der schon oft als ungerecht bezeichnete Zustand, daß ein Nellingener oder Denkendorfer Vater, dessen Sohn ein Esslinger Gymnasium besucht, von der Verteuerung der Schülerkarte der END nichts merkt, weil sie das Land trägt, während Eltern innerhalb des Esslinger Stadtgebietes - also etwa vom Zollberg - die Verteuerung voll und ganz selbst zahlen müssen.

In schwieriger Lage ist die Polizei. Sie hat das Recht der freien Meinungsäußerung, zu dem auch Demonstrationen und Aktionen gehören, zu achten, ja sogar zu schützen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß durch die freie Meinungsäußerung die öffentliche Ordnung nicht gefährdet wird. Das ist eine schwierige Aufgabe, um die man keinen Polizeibeamten zu beneiden braucht. Man darf sagen, daß die Polizei bislang für ihr Verhalten bei der Aktion Roter Punkt volles Lob verdient.

Demonstranten festgenommen

ESSLINGEN. Der „Rote Punkt“ in Esslingen, der sich gegen die Fahrpreiserhöhung der Esslinger Verkehrsbetriebe wendet, erlebte am Samstag seinen ersten schweren Zusammenstoß mit der Polizei: Als die zum größten Teil jugendlichen Demonstranten sich auf die Schienen setzten und der Lange-Samstag-Verkehr in einem Chaos zu enden drohte, nahm die Polizei 15 Demonstranten vorläufig fest. Durch diese Maßnahme wurde zwar der Bahnhofsvorplatz von der Aktion „Roter Punkt“ geräumt, der Platz vor dem Polizeirevier jedoch besetzt. Rote-Punkt-Demonstranten forderten die „Herausgabe“ der Festgenommenen, die später auch entlassen wurden. Zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam es jedoch nicht.

Die StZ schreibt am 6.7.71:

Esslingens Straßenbahnen stillgelegt

Die Polizei will gegen die „Roter-Punkt“-Demonstranten nicht mehr eingreifen

ESSLINGEN. Esslingen beginnt mit dem „Roten Punkt“ zu leben. Gestern stellte die Straßenbahn Esslingen—Nellingen—Denkendorf den Verkehr ein und, so Straßenbahn-Chef Krinn: „Wann wir wieder fahren können, das wissen wir nicht.“ Auf Polizeiunterstützung können die bestreikten Straßenbahner zu dem kaum noch hoffen: Polizeidirektor Immel erklärte gestern gegenüber der Stuttgarter Zeitung: „Wir machen dieses Fangerlesspiel nicht mehr mit. Die Polizei hat wichtigere Aufgaben.“

Die „Roter-Punkt“-Demonstranten, meist im Kindesalter zwischen 12 und 16 Jahren, haben inzwischen einen Forderungskatalog präsentiert: er beginnt bei der „Sofortigen Rücknahme der Fahrpreiserhöhung vom 1. Juli“ und endet mit der „Einführung des Nulltarifs“ für alle öffentlichen Verkehrsmittel „auf Kosten der Unternehmer, die den größten Nutzen von einem gut funktionierenden Massenverkehrssystem haben“. Diese Forderungen, durchaus nicht neu, erhielten gestern erstmals offizielle Resonanz. Das Bürgermeisteramt der Stadt gab am Abend bekannt: „Die Erhöhung des Tarifs der Schülermonatskarten bei der Straßenbahn Esslingen—Nellingen—Denkendorf trifft nur die Eltern der in Esslingen wohnenden Schüler. Denjenigen Schülern, die von auswärts über den Zollberg nach Esslingen fahren, wird der Mehrpreis vom Land erstattet. Bereits mit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Fahrpreiserhöhung waren OB und Verwaltungsausschuß des Gemeinderats der Auffassung, daß ein Weg gesucht werden muß, der diese Ungerechtigkeiten beseitigt. Untersuchungen darüber, wie das geschehen kann, ohne an anderen Stellen des Stadtgebietes neue Ungerechtigkeiten aufzureißen und wie die finanzielle Auswirkung sein wird, sind seit Mai im Gang. Der Gemeinderat wird über eine entsprechende Vorlage noch im Laufe des Monats Juli beschließen.“

Daß der „Rote Punkt“ viel Interesse beim Mann auf der Straße findet, ist nicht verwunderlich: Wer auf Esslingens Höhen wohnt, muß wohl oder übel mit einem „Roter-Punkt“-Auto auf die Höhen fahren. Das ist übrigens gar nicht so schwer — zumindest wenn nicht gerade Spitzenverkehrszeit ist. Ungefähr jedes fünfte Auto hält am Bahnhofsvorplatz, wo sich die „Roter-Punkt“-Akteure um Ersatz-Fahrgastservice bemühen. „Laßt den älteren Leuten den Vortritt“ heißt es per Megaphon. Und wenn ein kofferbepackter älterer Bürger aus dem Bahnhof kommt, dann bekommt er sogar ein extra Pendelauto. (Und natürlich einen Zettel, auf dem erläutert wird, was es mit dem „Roten Punkt“ eigentlich auf sich hat.) Gestern, am fünften Tag der Straßenbahnblockade, hat in den Augen der Demonstranten der Rote-Punkt-Sieg begonnen. Die Polizei kommt nicht mehr, nachdem es in den vergangenen Tagen zu erheblichen Auseinandersetzungen kam, die Straßenbahn steht vorläufig still und die Esslinger versuchen allmählich, den „Roten Punkt“ als normal hinzunehmen. Wie lange freilich die Blockade noch andauert, wissen die bunt zusammengewürfelten Initiatoren, meistens Schüler, selber nicht. Stolz sind die jungen Leute auf den Erfolg ihrer Unterschriftensammlung: „Die meisten Polizisten, die auf uns aufpaßten, haben bei uns mitgeschrieben.“

Samstagnachmittag auf dem Bahnhofplatz. Eine nicht mehr vollschlanke Esslingerin zu einem Polizisten: „Ja, ist das nicht der Karle von der X-Straße?“ Der Polizist grüßt unsicher: „Grüß Gott Frau Soundso, sind Sie auch hier?“ Diese donnert zurück, daß es über den halben Platz zu hören ist: „Schämst Du Dich nicht, die Jungen zu verschlagen? Die haben Recht! Sollen wir immer mehr zahlen, ohne uns zu wehren? Warte nur, bis Du heute abend heimkommst! Ich werde es den Leuten schon erzählen, was Ihr hier macht, Ihr Scheißkerle, Ihr!“

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSE - KORRESPONDENZ

der Vierten Internationale

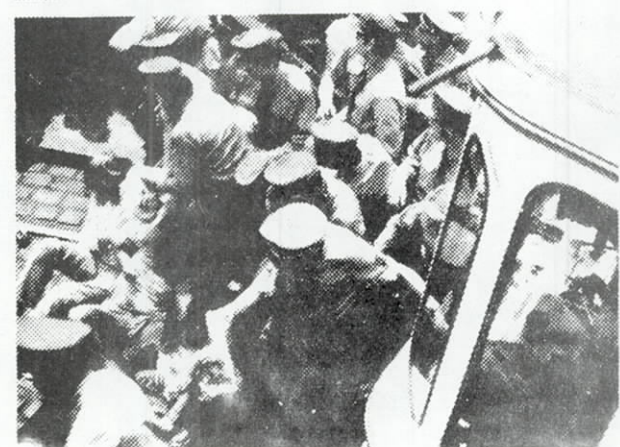
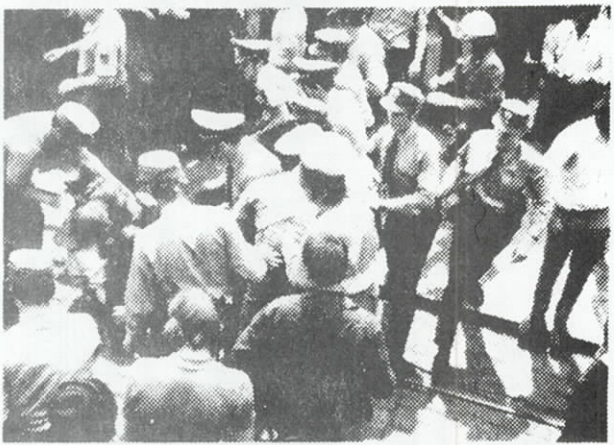
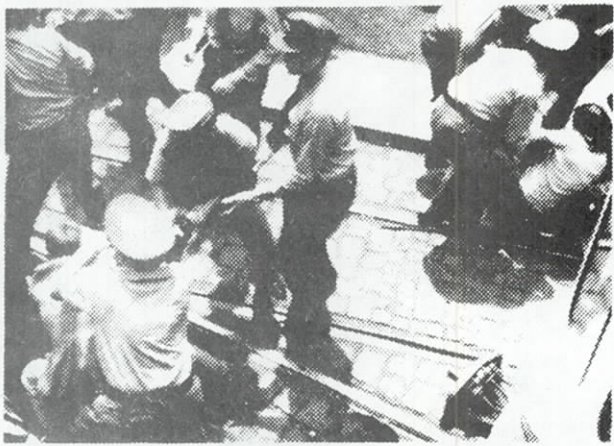
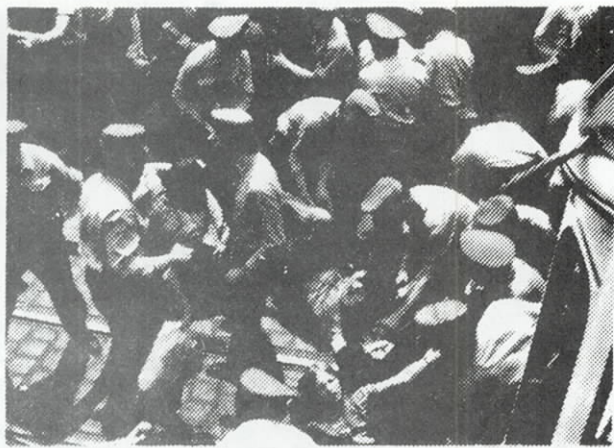
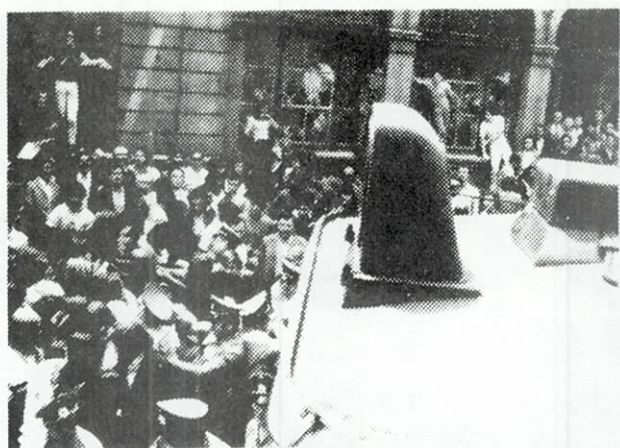
erscheint monatlich

Einzelpreis DM 0.50
Jahres-Abos DM 8.40

Bestellungen an:

Ingo Speidel, 7 Stuttgart 60
Wallmerstraße 45

Konto: S. Kreischer, PSchA Ludwigshafen, Kto-Nr. 10 35 33



SAMSTAG 3. JULI: "MAN DARF SAGEN, DASS DIE POLIZEI BISLANG FÜR IHR VERHALTEN BEI DER AKTION ROTER PUNKT VOLLES LOB VERDIENT." (EZ, 5. 7.) NACH 7 STUNDEN PANGELEI GAB DIE POLIZEI AUF.



Polizei und Stadtverwaltung: ratlos

Am Samstag war für Stadtverwaltung und Polizei klargeworden, daß ihre bisherige Taktik gescheitert war: die Demonstranten hatten sich durchgesetzt.

Worin liegen die Gründe? Erstens sicherlich in der Dynamik der Ereignisse, die unter den Demonstranten einen Grad an Mobilisierung hervorgebracht hat, der wohl kaum vorauszusehen war. Den spontanen Blockaden an verschiedenen Punkten war die Polizei zunächst überhaupt nicht gewachsen: sie mußte den Demonstranten hinterherfahren und verlor sehr rasch den Überblick.

Außerdem hätte die Sympathie der Bevölkerung - von der sogar allmählich die Presse Kenntnis nehmen mußte - bei einer weiteren Eskalation ihren passiven Charakter verlieren können und eine Konfrontation zwischen Polizei und Bevölkerung wäre die Folge gewesen. Es wäre eine Situation entstanden, deren Folgen im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Oktober die Stadtverwaltung sich kaum hätte leisten können. Zum zweiten waren die Polizisten ganz einfach demoralisiert. Auf der einen Seite protestierten sie mit der RPA gegen die Fahrpreiserhöhungen (viele trugen sich in die Unterschriftenlisten ein) und auf der anderen Seite waren sie gezwungen, die Erhöhungen zu schützen. Sie waren als Teil der Bevölkerung, der mit der RPA sympathisiert, doch auf Grund ihrer objektiven Funktion von der Bevölkerung isoliert. Der Freund-und-Helfer Mythos war ins Wanken geraten.

Die Polizeiführung ist ratlos: wie soll sie sich verhalten? Weitere harte Einsätze wären äußerst unklug. Deshalb versucht man zunächst die Sache der Stadtverwaltung und OB Klapproth zuzuschieben.

STN 6.7.71:

Die Polizeidirektion Esslingen hat übrigens vom Regierungspräsidenten Roemer freie Hand erhalten. Sie ist damit nicht verpflichtet, sich weiterhin ständig für das Räumen besetzter Straßenbahngleise einzusatzbereit zu halten. „Wir haben auch noch anderes zu tun“, sagte am Montagmittag Esslingens Polizeichef den Stuttgarter Nachrichten.

EZ 7.7.71:

Die Stadt Esslingen hatte am Montag ein Fernschreiben des Regierungspräsidiums erhalten, aus dem hervorging, daß die Polizeidirektion Esslingen weitere Einsätze nur dann unternehmen werde, wenn das Bürgermeisteramt Esslingen sie für notwendig erachte.

Ab Montag ist also der OB persönlich der Polizeichef. Auch er scheint vorerst verunsichert und wartet ab: Montag und Dienstag bleiben die Demonstranten von der Polizei unbehelligt. Die Straßenbahn stellt ab Mittag den Verkehr ein, der Mitfahrdienst funktioniert reibungslos. Busbesetzungen, Flugballtverteilen und Diskussionen sind ein propagandistischer Erfolg für die RPA. Gerade noch rechtzeitig

Stn 6.7.71:

Im weiteren Verlauf des Nachmittags war zu hören, die Aktion plane einen Sturm auf das Esslinger Rathaus, um beim Esslinger Oberbürgermeister vorgelassen zu werden. Vorsichtshalber ließ Esslingens Polizeidirektor Immel im Rathaus eine Gruppe Polizeibeamter postieren. Am Nachmittag tagte im Alten Rathaus der Esslinger Verwaltungsausschuß, der sich mit der Ungerechtigkeit des Tarifs der Filderstraßenbahn befaßte.

tig wurde einem prominenten Gast der
Anblick der RPA erspart. Dazu die STN
vom 6. 7. 71:

Verkehrsminister Leber in Esslingen:

Am Roten Punkt vorbei

Junge Leute legten die Filderstraßenbahn erneut lahm

ESSLINGEN (tz) — Am fünften Tag der Aktion „Roter Punkt“ mußte am Montagnachmittag die Filderstraßenbahn Esslingen—Nellingen—Denkendorf erneut ihren Betrieb einstellen. Als „Zaungast“ wurde Verkehrsminister Leber Zeuge der Aktion. Gleich nach Schulschluß hatten rund 150 Schüler den Esslinger Bahnhofplatz besetzt und die Schienen blockiert. Der Verwaltungsausschuß des Gemeinderats der Stadt Esslingen befaßte sich gleichzeitig mit der Situation und der „Ungerechtigkeit“ bei den Schülerbeförderungskosten. Der Gemeinderat wird sich noch im Juli mit der Angelegenheit befassen und sich überlegen, wie er die Ungerechtigkeit beseitigen kann.

...wo die Verkehrsmisere deutlich gemacht
wird, darf der Minister nicht hinschauen...

DIENSTAG 6. 7. 71: In der EZ macht die Stadt ein erstes „Angebot“ an die Demonstranten: die „Überprüfung“ der Tarife für Schülermonatskarten wird angekündigt. Die Antwort des AK darauf ist Flugblatt Nr. 8

Die Straßenbahn versucht zum erstenmal Ersatzbusse, die zum Teil aus Stuttgart angefordert wurden, einzusetzen (siehe auch Flugblatt Nr. 9). Doch diese werden schon bei der Anfahrt blockiert. Dabei kommt es vor, daß Busse in die Menge hineinfahren; Demonstranten werden verletzt und ein bei Passanten stehendes kleines Mädchen fast angefahren. Als das alles nichts nützt, versuchen END-Leute durch querstellen eines Omnibusses den gesamten Verkehr aufzuhalten, um so den Zorn der Autofahrer auf die Demonstranten zu lenken und gleichzeitig den Mitfahrdienst der Roten-Punkt-Autos zu sabotieren. Beides mißlingt, die Demonstranten ergreifen die Initiative und lenken den Verkehr rasch um. Die Polizei, die schon bei

Einen besonders delikaten Anstrich erhielten die Ereignisse in Esslingen durch die Tatsache, daß etwa zum gleichen Zeitpunkt, als die Montagsdemonstration am Bahnhofplatz begann, Bundesverkehrsminister Georg Leber am Schauplatz der Aktion vorbeigefahren ist. Leber saß mit im Sonderzug, der nach dem ersten Spatenstich für den Bau der S-Bahn, (siehe Stuttgarter Lokalteil) am Montag um die Mittagszeit nach Esslingen fuhr.

Der Sonderzug war mit zahlreichen Ehrengästen der Regierung und der Bundesbahndirektion besetzt. Er hielt zwar am Esslinger Bahnhof kurz an. Dort wurde aber durch Lautsprecher durchgegeben: „Bitte nicht aussteigen.“ Dann fuhr der Zug weiter zum drei Kilometer entfernten Haltepunkt Oberesslingen. Von dort wurden die prominenten Gäste dann mit roten Bundesbahnbussen zum Mittagessen in die Esslinger Stadthalle gefahren. Gegen 14.30 Uhr verließ der Minister mit seiner Begleitung und unter starkem Polizeischutz wieder Esslingen. Die jungen Leute von der Aktion „Roter Punkt“ hatten davon nichts bemerkt.

ihren Samstags-Aktionen bei der Bevölkerung auf Ablehnung gestoßen war, steht völlig desorientiert daneben. Für die Stadtverwaltung ist eine unerträgliche Lage entstanden: Die RPA scheint auf dem Weg zum Erfolg und die Polizei hat keine Lust mehr. Also veranstaltet man eine Generalstabsbesprechung, denn (darin sind sich alle Beteiligten einig): so kann es nicht weitergehen!
EZ am 7. 7. 71:

Angesichts dieser Situation hat das Esslinger Bürgermeisteramt gestern abend die folgende Verlautbarung herausgegeben:

„Bei der Rote-Punkt-Aktion wurde Montag und Dienstag durch die Polizei zunächst nicht mehr eingegriffen, da auf Grund der Einsätze in der letzten Woche und der langandauernden Demonstrationen eine Lage entstanden war, die es angezeigt erscheinen ließ, diese von Grund auf zwischen dem Regierungspräsidium Nord-Württemberg, der Landespolizeidirektion und dem Bürgermeisteramt Esslingen zu erörtern. Diese Erörterung hat Dienstag nachmittag stattgefunden.

Was beschlossen wurde, sollte sich schon in den nächsten Tagen sehr deutlich zeigen.

» Die Stadt mahnt ... «

7.7.71: Nachdem die Stadtverwaltung in den letzten Tagen nur hinter den Kulissen aktiv war, holt sie nun zum Gegenschlag aus. Die Taktik ist klar: zuerst soll eine psychologische, manipulative Pressekampagne den Demonstranten Angst einjagen und die gesamte Aktion in der Öffentlichkeit diffamieren, um damit für spätere brutale und massivere Polizeieinsätze das Terrain vorzubereiten. Beide Mittel sollten - wenn auch erst nach 2 Wochen - zum Ziel führen: die Aktion abzustoppen und Blockaden zu verhindern.

EZ am 7.7.71:

Am sechsten Tag der „Aktion Roter Punkt“

Stadt mahnt: Jetzt ist es genug!

Härten bei neuen Tarifen für Schüler- und Lehrlingsmonatskarten sollen gemildert werden
Besprechung OB, Regierungsvize- und Landespolizeipräsident — Polizei appelliert an Eltern

Die Aktion Roter Punkt wurde gestern in Esslingen am sechsten Tage fortgesetzt. Wieder verkehrte die Straßenbahn END stundenweise nicht. Eingesetzte Omnibusse der END vom Bahnhof in Richtung Filder und umgekehrt, mußten gestern wegen Demonstranten auf der Fahrbahn der Zollberg- oder Nellinger Straße zunächst umgeleitet werden. Am Nachmittag machten etwa 15 Polizeibeamte die Durchfahrt frei, wobei es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen kam. Die Aktion Roter Punkt hatte sich gestern vorübergehend vom Bahnhofsplatz auf die linke Neckarseite verlagert.

● Am Bahnhof erfolgte auch gestern wieder kein Polizeieinsatz. Es war festzustellen, daß das Verständnis der Öffentlichkeit für die Aktion Roter Punkt rapide abnimmt und einem immer größeren Unmut darüber weicht, daß Arbeitnehmer große Verspätungen bei der Heimkehr von der Arbeit in Kauf nehmen müssen.

Die Stadt läßt den Demonstranten die Wahl:
entweder im Guten...

Wie in der Presse bereits mitgeteilt wurde, prüft das Bürgermeisteramt Esslingen, inwieweit es die Härten in den Tarifen für Schüler- und Lehrlingsmonatskarten, die durch die ungleichmäßige Fahrkostenerstattung durch das Land infolge der neuerlichen Tarifierhöhung besonders deutlich und schmerzlich in Erscheinung getreten sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mildern kann.

Das Bürgermeisteramt wies in der Besprechung darauf hin, daß der Oberbürgermeister schon anlässlich der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung der Straßenbahn END-GmbH über die Tarifierhöhung öffentlich erklärt hat, daß sich die Stadt Esslingen am Neckar mit der Frage der Milderung dieser Härten und der Schaffung einer ge-

rechteren Lösung befassen werde. Offenbar ist der hier schon vor Beginn der Rote-Punkt-Aktion erklärte gute Wille der Stadtverwaltung in der Bevölkerung nicht genügend bekannt geworden.

Die zuständigen Gremien der Stadt Esslingen am Neckar werden, nachdem die schwierigen Vorarbeiten von seiten der Verwaltung fast abgeschlossen sind, demnächst beraten und noch rechtzeitig vor Beginn der Sommerferien einen Beschluß darüber fassen.

Das Bürgermeisteramt ist darum der Ansicht, daß durch diese wiederholte Ankündigung, die unstreitig eingetretenen Härten nach Möglichkeit zu mildern, die demonstrierenden Schüler und deren Eltern veranlaßt werden, von der weiteren Behinderung des Straßenbahnver-

kehrs Abstand zu nehmen und diese Entscheidung der Stadt Esslingen abzuwarten.

Es liegt nicht nur im Interesse der Polizeibehörden und der Polizeibeamten, sondern vor allem im Interesse der gesamten Bevölkerung von Stadt und Land, daß die Verstöße gegen Straftatbestände durch heranwachsende Jugendliche und Kinder ein Ende nimmt und der Einsatz von Polizeibeamten, die für Aufgaben im Straßenverkehr und bei der Verbrechensverfolgung dringend benötigt werden, hier nicht mehr erforderlich ist.

An der Besprechung, bei der diese Vorklappung formuliert wurde, nahmen neben anderen teil: Oberbürgermeister Klapproth, Regierungsvizepräsident Neuffer und Landespolizeipräsident

oder im Bösen ...

Ergänzend zu der Mitteilung der Stadt Esslingen weist die Polizeidirektion Esslingen in einem eindringlichen Aufruf die Eltern oder Erziehungsberechtigten von jungen Demonstranten der „Aktion Roter Punkt“ in Esslingen auf die möglichen Folgen einer weiteren Beteiligung an den nicht genehmigten Demonstrationen mit Behinderungen des öffentlichen Verkehrs hin:

● „Schon die Beteiligung an derartigen nicht genehmigten Demonstrationen stellt eine Übertretung dar.“

● Das Besetzen der Fahrbahnen von Omnibussen und der Straßenbahngleise ist einerseits verkehrsrechtlich verboten, andererseits kann es auch als Nötigung und Freiheitsberaubung strafrechtliche Folgen nach sich ziehen.

● Die Verkehrsbetriebe können Organisatoren und Beteiligte solcher Aktionen zum zivilrechtlichen Schadenersatz heranziehen.

● Ein Auffordern, Fahrpreise nicht zu entrichten, ist ein Anstiften zu strafbaren Handlungen und kann mit Freiheitsstrafe geahndet werden.

● Wer den eingesetzten Polizeibeamten Widerstand leistet, muß ebenfalls mit einer Freiheitsstrafe rechnen. Schon der Versuch, sistierte oder vorübergehend festgenommene Demonstranten zu befreien, ist bereits strafbar.

● Bei Verletzung der Aufsichtspflicht von Eltern und Erziehungsberechtigten können die Erwachsenen für die strafbaren Handlungen der Kinder und Jugendlichen, deren Beaufsichtigung ihnen obliegt, zur Verantwortung gezogen werden.“

Landespolizeipräsident und Oberbürgermeister:

EZ, 8. 7. 71

„Nichts gegen Roten Punkt – alles gegen Behinderungen“

Wiederholter Appell an die Vernunft der Demonstranten in Esslingen

(k6) — Gestern am siebenten Tag der „Aktion Roter Punkt“ in Esslingen, verkehrte die Straßenbahn END nur bis zum Mittag vom Bahnhofplatz auf die Filder und umgekehrt. Etwa ab 12 Uhr wurde der Schienenverkehr vom und zum Esslinger Bahnhof eingestellt und der Betrieb wieder auf Omnibusse umgestellt. Vom Mittag bis zum Abend befanden sich — einmal mehr, einmal weniger — bis zu 200 jugendliche Demonstranten auf dem Bahnhofplatz. Einige von ihnen vermittelten wieder die Mitfahrgelegenheiten der „Aktion Roter Punkt“. Am Mittag diskutierte Oberbürgermeister Klapproth über eine dreiviertel Stunde mit etwa 25 Demonstranten vor dem Bahnhof. Am Nachmittag sprach Landespolizeipräsident Kuhn vor der Presse in Esslingen. Auch OB Klapproth nahm daran teil. Ebenfalls am Nachmittag konnte man starke Kräfte der Polizei in der Bahnhofsumgebung beobachten. Die Beamten griffen aber nicht ein, weil die Straßenbahn nicht verkehrte und somit auch nicht blockiert werden konnte.

Polizeipräsident Kuhn wies vor der Presse auf die vom Regierungspräsidium einberufene Dienstag-Besprechung hin. An ihr hatten Regierungsvizepräsident Dr. Neuffer, Präsident Kuhn und OB Klapproth neben anderen teilgenommen. Kuhn erinnerte an die anschließende Verlautbarung, die die „EZ“ in ihrer gestrigen Ausgabe veröffentlichte.

Kuhn appellierte nochmals an die Vernunft der jungen Demonstranten und ihrer Eltern. Demonstration heiße Willens- und Meinungsbekundung. Die Behinderung des öffentlichen Nahverkehrs bedeute dagegen Nötigung und Freiheitsberaubung. Die Polizei habe sich bisher deshalb zurückgehalten weil sie eine Eskalation und das Vorgehen gegen Jugendliche mit Schlagstöcken unbedingt vermeiden wollte. Auch sei ein Einsatz im Stadium des Überprüfens der Tarife — wenn nur irgend möglich — zu vermeiden. Es gebe jedoch einzelne Demonstranten, die an einer Befriedigung nicht interessiert seien. Die Polizei hoffe, daß sich die Mehrzahl „nicht weiter aufhetzen lassen“.

Die Polizei habe auch versucht, mit Initiatoren der Aktion Verbindung aufzunehmen. Am Dienstagabend habe die Antwort gelaute, daß man sich nicht mit der Polizei an einen Tisch setzen wolle. Kuhn nannte die möglichen zivilrechtlichen Folgen der Blockierung des Straßenbahnverkehrs für die Demonstranten noch viel gravierender als die strafrechtlichen. Vielen Schülern sei es nicht bewußt, daß sie zum finanziellen Schadenersatz für den Ausfall des Straßenbahnbetriebs — auch als Gesamtschuldner für andere — verurteilt werden können.

Um auf die gefährlichen Folgen für die Schüler aufmerksam zu machen, habe die Polizei gestern vormittag versucht, vor den Schülern in vier Esslinger Gymnasien und einer Realschule aufklärend zu wirken. Nur in einer Schule sei die Polizei zu Wort gekommen. Drei Schulleitungen und eine Schülermitverwaltung hätten abgelehnt.

Polizeipräsident Kuhn sagte klipp und klar, daß die Polizei nichts gegen eine „Aktion Roter Punkt“ einzuwenden habe, wenn dadurch keine Störungen und Behinderungen auftreten. Man dürfe z. B.

nicht diejenigen, die mit der Straßenbahn fahren wollen, daran hindern. Das erfülle eine Reihe von Tatbeständen des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts. Der Organisation der Mitfahrgelegenheiten zollte Kuhn hohe Achtung: Die Schüler gingen mit ungewöhnlichem Organisationsgeschick vor. Sie könnten wir später in den Reihen unserer Polizei gut brauchen.

Auch OB Klapproth machte den Demonstranten am Bahnhof selbst und der Presse klar, daß er nichts gegen eine „Aktion Roter Punkt“ neben dem normalen Straßenbahnbetrieb auszusetzen habe. Ein Mitglied der Aktion habe dem Oberbürgermeister das Interesse an einer Aussprache bekundet. Die Antwort des Stadtoberhauptes: „Ich erwarte nur den Aufruf. Dann bin ich da.“

Die Gleichstellung aller Schüler der Stadt bei den Fahrkostenzuschüssen würde rund 150 000 bis 200 000 DM jährlich ausmachen. Wie schon berichtet, sei die Stadt um einen Härteausgleich bemüht.

Angehörige der „Aktion Roter Punkt“ hatten bei der Diskussion mit dem Oberbürgermeister am Bahnhof betont, es gehe ihnen nicht nur um den Härteausgleich, sondern zunächst um eine generelle Zurücknahme aller Fahrpreiserhöhungen.

EZ irritiert ?

6.7.71:

Andererseits be-
gegnet die Aktion bei vielen Bürgern
einem Verständnis, wie es bisher kaum
einmal bei derartigen Demonstrationen
Jüngerer vorhanden war. Außerer Be-
weis dafür ist, wieviele Autofahrer doch
'Rote-Punkt-Passagiere' mitnehmen. Das

7.7.71:

● Am Bahnhof erfolgte auch gestern wie-
der kein Polizeieinsatz. Es war festzustel-
len, daß das Verständnis der Öffentlich-
keit für die Aktion Roter Punkt rapide
abnimmt und einem immer größeren Un-
mut darüber weicht, daß Arbeitnehmer
große Verspätungen bei der Heimkehr von
der Arbeit in Kauf nehmen müssen.

8.7.71:

Am Rande

Zum Überlegen

Wir schrieben es schon: Der „Aktion
Roter Punkt“ in Esslingen wurde ab ihrem
Beginn eine Sympathie entgegengebracht,
wie sie bisher Demonstrationen Jüngerer
kaum einmal beschieden war. Vielen Bür-
gern schien nämlich die drastische Erhö-
hung der Schüler- und der Lehrlings-
monatskarten der Straßenbahn END und
Ungerechtigkeiten, die bei ihrem Erwerb
für Stadtbewohner im Vergleich zu Kreis-
bewohnern auftreten, einmal „demonstra-
tionswürdig“.

Nach wie vor finden sich viele Autofah-
rer bereit, „Rote-Punkt-Mitfahrer“ mitzu-
nehmen und die Art, wie dies von jugend-
lichen Demonstranten organisiert wird,
findet sogar den Beifall der Polizei. Die
gäben guten Nachwuchs für unseren Ver-
kehrsdienst, meinte ein Polizei-Oberer.

... und die Polizei handelt.

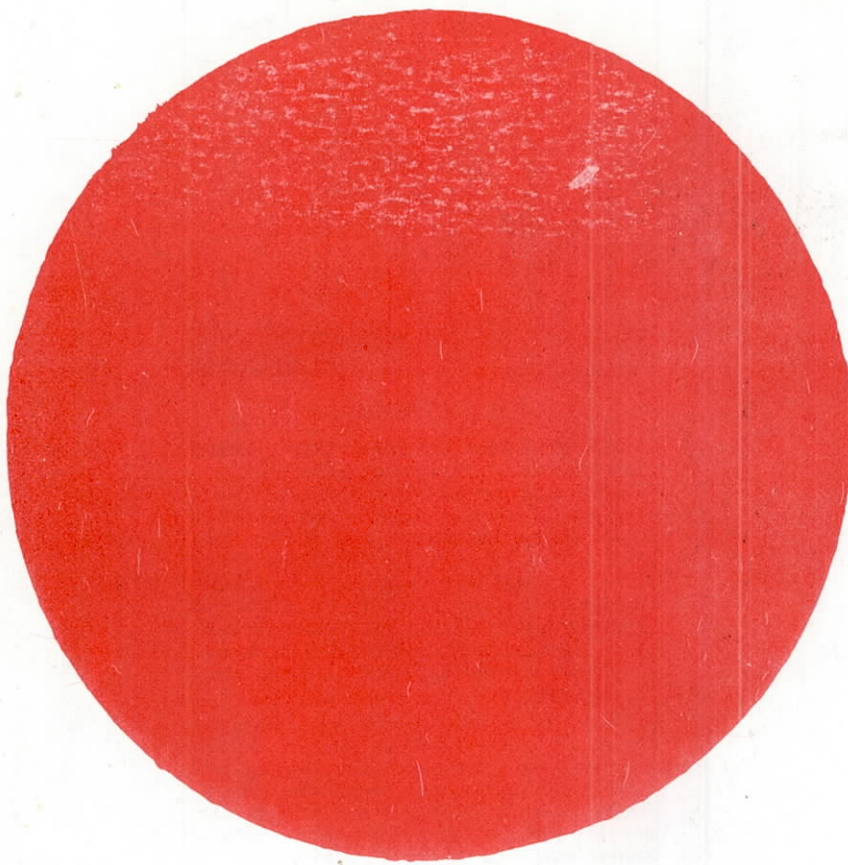
Gegen die Einschüchterungskampagne
der Polizei in der Presse und an Schu-
len agitieren Genossen der RKJ am
Donnerstag in der Großen Pause auf
den Schulhöfen mit Megaphonen und
verteilen das Flugblatt Nr. 10 (Flug-
blatt:)

Die juristisch sehr fragwürdige Argumen-
tation gibt einen Vorgeschmack davon,
wie die Polizei sich in den folgenden
Wochen verhalten wird und wie sie Ge-
setze willkürlich auslegt.

An der Kennedy-Schule, an der es tags-
vuvor der Polizei von der reaktionären
Leitung erlaubt worden war, in
Klassen zu reden, wird die Pause

von Schülern um 10 Minuten verlängert
und ein kurzes Teach-in gemacht. Die
Schüler werden so für weitere Aktionen
unmittelbar mobilisiert. Schon am
Abend desselben Tages wurden am Wende-
platz in den Lerchenäckern spontan Busse
des städtischen Verkehrsbetriebes blockiert.

Bei den Busblockaden kommt es wieder
zu massiven Einsätzen der Polizei, die
durch Bereitschaftspolizei aus den Land-
kreisen Nürtingen und Kirchheim ver-
stärkt wurde - von jetzt an sollte an
keinem Tag weniger als eine Hundert-
schaft gegen die Demonstranten einge-
setzt werden. Zum Vorgehen der Polizei
Flugblatt Nr. 12:



**Aktion
Roter Punkt
Flugblatt
Nr. 12**

10. 7. 1971

POLIZEIEINSATZ DER LETZTEN TAGE ... ETWAS AUSSERHALB DER LEGALITÄT
=====

Am 8.7. gegen 20.30 Uhr blockierten etwa 50 Demonstranten spontan die Obusse in den Lerchenäckern. Von den reichlich vorhandenen Polizeikräften wurde ein sogenannter "Rädelsführer" herausgegriffen und nach Kirchheim/Teck zu stundenlangen Verhören verfrachtet. Als ein Mitglied des Aktionskomitees ROTER PUNKT vom Dach der Obushaltestelle die am Bahnhof Anwesenden aufforderte, zur Einsatzleitung der Bereitschaftspolizisten in die Neckarstraße zu ziehen, wurde er von 2 Polizisten auf brutale Weise heruntergeworfen und ebenfalls festgenommen. Beiden wurde keine Rechtsbelehrung erteilt, obwohl man sofort versuchte, sie auszufragen. Beide bekamen nicht die Gelegenheit, mit einem Rechtsanwalt Verbindung aufzunehmen. Megaphone und anderes persönliches Eigentum wurde ihnen weggenommen und ohne Beleg einbehalten, also gestohlen.

Die wenigen Passanten, die den Verhaftungen beigewohnt hatten, protestierten gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Die Schläger aus den Reihen der Polizei wurden auf Befehl ihres Vorgesetzten sofort zurückgezogen, wahrscheinlich und die Feststellung ihrer Personalien zu verhindern.

Am gestrigen Freitag, den 9.7., ereignete sich folgender Vorfall am Bahnhofplatz: Ein Kriminalbeamter, der sich beim Photographieren der ROTER-Punkt-Demonstranten durch eine Fahne mit rotem Punkt gestört fühlt, nahm diese und schlug damit einem Schüler mehrmals heftig auf den Kopf. Dann verschwand er schleunigst im Kreise seiner uniformierten Kollegen in einem Bahnhofsgebäude. Mehrere Zeugen liefen hin und wollten Anzeige erstatten, bekamen aber zu hören, das sollten sie lieber unterlassen, sonst würde der Schläger seinerseits Anzeige erstatten...

Auch gestern wurde bei einer Busblockade wieder ein Demonstrant von der Polizei festgenommen, obwohl er nur danebenstand und ausrief: "Die Polizei, dein Freund und Helfer". Glaubst die Polizei wohl, die AKTION ROTER PUNKT durch Terror und Verhaftungen von einigen "Rädelsführern" brechen zu können?

DIE AKTION WIRD VON DEN MASSES GETRAGEN! TROTZ POLIZEITERROR + FÜR FAHRPREISSTOP ! DIE AKTION ROTER PUNKT GEHT WEITER !

Die EZ läßt ein

Am selben Tag läßt der DGB zum erstenmal eine Stellungnahme zur Fahrpreiserhöhung in der EZ abdrucken (auf Druck

von unten?). Die Gewerkschaftsbürokratie vermeidet es jedoch peinlich, die RPA überhaupt zu erwähnen.

EZ 8.7.71:

DGB Esslingen für Fahrpreis-Stopp

Der Esslinger DGB teilt mit: Der DGB-Kreisausschuß befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der derzeitigen Verkehrssituation in Esslingen.

Alle Vertreter der Gewerkschaften brachten eindeutig zum Ausdruck, daß Fahrpreiserhöhungen kein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Städten, sowie in Ballungsgebieten sind. Solche Maßnahmen erwirken nach Auffassung des DGB nichts anderes, als ein weiteres Abwandern von den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Individual-Verkehr, womit die Verkehrsmisere nur noch verschlimmert wird.

Bereits mit Schreiben vom 13. Mai 1971 brachte der Oberbürgermeister gegenüber dem DGB Esslingen zum Ausdruck, daß er sich dafür verwenden wolle, daß Här-

ten der Fahrpreisänderungen bei der END, besonders bei den Monatskarten der Schüler, vermieden werden. Dem gegenüber muß der DGB jedoch bedauerlicherweise feststellen, daß die beschlossenen Fahrpreiserhöhungen ganz erhebliche Härten für Schüler beinhalten.

Die Stadtverwaltung wird deshalb nochmals aufgefordert, die durch die Fahrpreiserhöhungen aufgetretenen Ungerechtigkeiten zu beseitigen und ebenso die im Gemeinderat durch die CDU/PWV und FDP beschlossene Tarifänderung zu überprüfen.

Der DGB unterstützt im Interesse der Bevölkerung die Bemühungen, die zu einem einheitlichen Verkehrsverbund zwischen städtischen und privaten Linien führen. Nur dadurch kann ein sozialer Einheitstarif in Esslingen erreicht werden.

Nach Auffassung des Esslinger DGB sollten die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe dringend von dem gesetzlichen Zwang der Eigenwirtschaftlichkeit befreit werden.

Jede weitere Erhöhung der Fahrpreise muß unweigerlich zu Spannungen zwischen

der Bevölkerung und der Stadtverwaltung führen.

Der DGB Esslingen ist weiterhin der Meinung, daß in Anbetracht der Finanzmisere der Städte Bund und Länder eine besondere Verpflichtung haben, zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs beizutragen.

Als eine wichtige Sofortmaßnahme müssen Bundestag und Regierung die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen von der Mineralöl-, als auch von der Mehrwertsteuer entlasten, um die notwendigen Investitionen für eine Qualitätsverbesserung zu garantieren.

Nach Ansicht des Esslinger DGB ist dies eine wichtige Voraussetzung für ein Fahrpreis-Stopp.

Nachdem die Gewerkschaftsbürokratie sich endlich gerührt hat, kann auch die DKP nichts mehr falsch machen. Einen Tag nach der Erklärung des DGB entwickelt sie ungeheuerer Aktivitäten, (natürlich nur an der Schreibmaschine).

EZ 9.7.71:

Stadtrat Hans Rueß (FW) hat folgenden Brief an Oberbürgermeister Klapproth gerichtet: „Die am 1. Juli 1971 erfolgte Fahrpreiserhöhung bei den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben hat in weiten Kreisen der Bevölkerung berechtigte Erregung ausgelöst, und vor allem Schüler, Studenten und Lehrlinge zu Demonstrationen und Aktionen gegen diese Erhöhung veranlaßt. Nach dem Beschluß des Verwaltungsausschusses und den Verlautbarungen der Stadtverwaltung in der Tagespresse soll der Gemeinderat in der Gemeinderatsitzung am 26. Juli 1971 zu den Auswirkungen der Fahrpreiserhöhung Stellung nehmen. Nach meiner Meinung ist es jedoch dringend erforderlich, daß der Gemeinderat bereits zu einem früheren Zeitpunkt dazu Stellung nimmt. Ich stelle deshalb folgenden Antrag: Die Stadtverwaltung wird ersucht, zum baldmöglichsten Termin eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen, in der zu den Fragen der Fahrpreiserhöhung Stellung genommen wird.“

DKP zum örtlichen Nahverkehr in Esslingen

Zu derselben Zeit, zu der Stadtrat Rueß in einem Brief an OB Klapproth einen Antrag stellte (Seite 5), teilte der Kreisvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei mit: „Eine unverzügliche Sondersitzung des Esslinger Gemeinderats fordert der DKP-Kreisvorstand in einer Erklärung zur gegenwärtigen Lage im örtlichen Nahverkehr! Aufgabe dieser Sondersitzung müsse die Überprüfung sämtlicher Tarife sein, mit dem Ziel, die Fahrpreiserhöhung beim Städtischen Verkehrsbetrieb rückgängig zu machen und gleiches für die Straßenbahn END zu verlangen! Die DKP verurteilt in diesem Zusammenhang die Drohungen mit verstärktem Polizeieinsatz und Strafverfolgung; und betont: Der Protest von Schülern, Lehrlingen und Studenten ist berechtigt und notwendig! Ihnen und den zahlreichen Autofahrern, die sich an den Selbsttransportaktionen beteiligen, gebühren Sympathie und Unterstützung aller Bürger. Entsprechende Protesterkklärungen gegen die Fahrpreiserhöhung aus Betrieben, von Betriebsräten und Belegschaften würden der Forderung nach Rücknahme der gesamten Fahrpreiserhöhung den notwendigen Nachdruck verleihen. Es gilt entsprechend der Erkenntnis zu handeln, daß die Fahrpreiserhöhungen verschleierte Lohnraub sind. Die DKP verlangt eine Gestaltung der Verkehrstarife ausschließlich nach sozialen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten. Der öffentliche Nahverkehr muß endlich von der Mehrwert- und der Mineralölsteuer befreit werden.“

In der Frankfurter Rundschau vom 8.7.71 ist zu lesen:

"Der zivilisatorische Notstand in den Städten und Ballungsgebieten erfordert nach Ansicht der ÖTV ein rasches "generelles Umdenken" in der Verkehrspolitik. Das offenbar "unaufhaltsame Anwachsen" des Individualverkehrs sollte eingedämmt werden; es muß sich die Alternative - Vorrang der öffentlichen Verkehrsmittel - endlich durchsetzen". Konkrete Vorschläge in dieser Richtung macht die Gewerkschaft in einer Nahverkehrskonzeption, die in Bonn der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Befürwortet wird von der Gewerkschaft ÖTV eine Abkehr vom bisher praktisierten Fahrpreissystem. Folgen der Devise "Fahrpreise rauf - Kosten runter" wären Attraktivitätsverluste der Nahverkehrsmittel und immer stärkere Hinwendung zum Individualverkehr. Daher sollte ein "von den betriebswirtschaftlichen Maßstäben unabhängiger Preis" gefunden werden, der erheblich unter den Kosten für Benzinverbrauch liegt: "Es käme daher nur ein Einheits-tarif von zur Zeit höchstens 30 Pfennig infrage." Darüberhinaus sollte auch die Attraktivität der Nahverkehrsmittel verbessert werden; sie müssen "sicher, pünktlich, schnell und bequem sein".

Erforderlich wären insbesondere eine stärkere Fahrplandichte, größere Sitzplatzangebote, verbesserte Fahrzeugausstattungen, eigene Fahrspuren sowie eine vorrangige Verkehrsregelung innerhalb eines integrierten Verkehrssystems. Die vorrangige Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs würde nach Gewerkschaftsansicht volkswirtschaftliche Ersparnisse bringen (kein Zwang zur "Überdimensionierung" des Straßennetzes, weniger Luftverschmutzung und Verkehrsunfälle, mehr Freizeit), die sich auch in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Als Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen: Ein Verzicht auf jede weitere Fahrpreisverteuerung sowie steuerliche Entlastungen. Insbesondere sollten die Mineralölsteuer zurückgezahlt und die Entlastungen von der Mehrwertsteuer verfügt werden; darüberhinaus müssten die Gemeinden auf die Konzessionsabgabe (Wegeentgelt) der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe verzichten. Angestrebt werden sollte ferner eine Verbesserung der Verkehrsstruktur durch die Einrichtung von Verkehrsverbänden und durch Zusammenschlüsse zu regionalen Unternehmen."

FREITAG 10.7.71: Die EZ gewährt - offensichtlich um den Anschein einer objektiven Berichterstattung bemüht - Mitgliedern des AK ein Interview, das in der Samstagausgabe erscheint. Nicht zuletzt durch die Forderungen des DGB nach einer Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen mußte selbst der EZ-Lokalredaktion klar geworden sein, daß der Kampf gegen die Erhöhungen eine breite gesellschaftliche Basis hat, und daß man sich nicht damit begnügen kann, "echte" und "unechte" Protestierer auseinanderzudivideieren.

Dieses Interview hatte, wie sich in späteren Auseinandersetzungen mit den EZ-Schreiberlingen noch zeigen sollte, eine

reine Alibifunktion: niemand sollte mehr behaupten können, das AK hätte nicht auch eine Chance bekommen.

In derselben Ausgabe ist, wohl aus pluralistischen Erwägungen, dann auch eine halbseitige Anzeige abgedruckt, die von Geschäftsführung und Betriebsleitung der END gemeinsam unterzeichnet ist. Die Identifizierung des Personals mit "ihrem" Unternehmen sollte auch in der späteren Diskussion mit den Gewerkschaften am 14.7.71 wieder vertreten sein. Daß sich ein gewerkschaftlich organisierter Betriebsrat Unternehmer-Argumente zu eigen macht (wir saßen alle in einem Boot) dürfte wohl auch in einer sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaft eine Rarität sein.

Aktionskomitee Roter Punkt:

So sehen wir unsere Ziele

„Wir fordern mehr als nur Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen“

(10) — Der „Rote Punkt“ in Esslingen dauert nun schon über eine Woche — einmal ging es mehr, als einmal weniger lebhaft zu. Selten waren — wie auch in unserer Leserbriefspalte zum Ausdruck kommt — die Ansichten in der Bevölkerung über eine Aktion so geteilt. Die einen begehren gegen Verkehrsbehinderungen auf und rufen nach „dem starken Arm“, die anderen nehmen nicht nur nach wie vor „Rote-Punkt-Passagiere“ im Auto mit, es haben sich auch rund 7000 Bürger durch ihre Unterschrift solidarisch erklärt.

Wir stellen heute nach einem Gespräch für unsere Leser dar, was das Aktionskomitee „Roter Punkt“ über seine Ziele sagt, genauso, wie wir über die Ansichten der Stadt, von Behörden oder der Polizei berichteten.

Vergleich mit Streikrecht

Kurz zur Vorgeschichte der Aktion: Nachdem das Komitee auf Grund der ins Haus stehenden Fahrpreiserhöhungen bei den Städtischen Verkehrsbetrieben und der Linie END ab 1. Juli ins Leben gerufen war, wurde die „Rote-Punkt“-Aktion durch Flugblätter und einen Informationsstand vorbereitet. Zwei Demonstrationen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern an die sich spontane Straßenbahnbehinderungen anschlossen, folgten.

Am 1. Juli begannen der Mitfahrdienst, demonstrative Freifahrten und die massive Blockade der Straßenbahn. Nach Ansicht des Aktionskomitees (AK) hat ein verbaler Protest allein keinen Wert. Man verweist hier auf ein Urteil des Amtsgerichts Bremen

vom 22. 4. 1968, in dem zu Straßenbahnblockaden festgestellt wird, „daß direktere Maßnahmen, die empfindlich in den Straßenbahnbetrieb eingriffen, das einzige erfolgversprechende Mittel waren, um auf die Preisgestaltung Einfluß zu gewinnen. Dabei drängt sich ein Vergleich mit dem Streikrecht zur Durchsetzung von Lohnforderungen auf.“

Auch gefordert:

Kommunaler Verkehrsverbund

Die Organisation und das Funktionieren des Mitfahrdienstes haben sich, so meint das AK, bis Montagabend — die Straßenbahn hatte jeweils ab Mittag ihren Betrieb eingestellt — so eingespielt, daß der Berufsverkehr einigermaßen verkraftet werden konnte. Sollte es in Einzelfällen zu Verspätungen und einem verkürzten Feierabend gekommen sein, so ist das mit der Blockade angestrebte Ziel „Fahrpreisreduktion“ nach Ansicht des AK und wohl auch vieler Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln durchaus gerechtfertigt.

Aber nicht nur die Zurücknahme der Preiserhöhungen wird angepeilt. Es soll ein kommunaler Verkehrsverbund geschaffen werden, der wie das AK anführt, verfassungsrechtlich (Artikel 14 des Grundgesetzes) durch Enteignungsverfahren gegen die Privatunternehmer erzwungen werden könne. So bestünde die Möglichkeit, einen Einheitstarif von 50 Pfennig für das gesamte Stadtgebiet einzuführen. (Die Gewerkschaft ÖTV hatte in bezug auf den Personennahverkehr vorgestern in Bonn sogar 30 Pfennig gefordert.)

„Individualverkehr eindämmen“

Als Endziel für den Nahverkehr steht der Nulltarif, wobei sich das AK vorstellt, daß die Unternehmer die entstehenden Kosten tragen sollen, „da sie ohnehin den größten Nutzen von einem gut funktionierenden Nahverkehr haben“. Bei einem Nulltarif, so wird argumentiert, könnte auch das Auswuchern des Individualverkehrs eingedämmt werden, der die Städte zu ersticken drohe. Außerdem wären dann „weniger Aufwendungen für den Straßenbau notwendig“. Ausdrücklich betont das AK, daß entstehende Mehrkosten für die Unternehmer nicht über die Preise abgewälzt werden dürfen. Garantie dafür müsse eine in die Tarifverträge einzuarbeitende gleitende Lohn-Preis-Skala sein.

„Schüler eingeschüchtert“

Das Vorgehen der Polizei wird vom AK stark mißbilligt. Dadurch würden, so wird angeführt, die jungen Teilnehmer an der „Roten-Punkt“-Aktion nur provoziert, wie es sich am Freitag und Samstag letzter Woche gezeigt habe, wo Tomaten und Eier geworfen worden seien und Straßenbahnscheiben Schaden genommen hätten. Das AK verurteile aufs schärfste Maßnahmen der Polizei, die darauf abzielen, Schüler einzuschüchtern, indem man ihnen „Handlungsweisen als strafbar hinstellt, die eigentlich im Fall der „Roten-Punkt“-Aktion, die ja das Wohl der sozial schwachen Schichten zum Ziel hat, juristisch nicht einwandfrei definiert sind“.

„Seichter Protest“

Aus dem Verhalten der Polizei glaubt das AK abzulesen zu können, daß sich die Polizei als „Handlanger“ der Städtischen Verkehrsbetriebe und der Linie END ver-

steht, von Unternehmen, die mit ihren Preiserhöhungen eindeutig gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt hätten. Das AK untermauert diese Behauptung mit der Feststellung, daß die Polizei gegen rüpelhafte Schaffner nicht eingeschritten sei. Es wäre unverständlich, daß bei einer Aktion, die sich nicht gegen das Personal der betroffenen Linien richte, sich einzelne Verkehrsbedienstete zu Tätlichkeiten hätten hinreißen lassen.

Für verwunderlich hält das AK — ihm gehören die Revolutionär-Kommunistische Jugend, die Revolutionäre Jugend-Marxisten/Leninisten, die Naturfreundejugend, die Ökumenische Jugend und die Schülermitverwaltungen der Esslinger Gymnasien an —, daß als „Arbeiterorganisation sich verstehende Gruppen wie der DGB ihren Protest auf seichte verbale Erklärungen beschränkt haben“.

„Keine Unterstützung von Parteien“

Auch die großen politischen Parteien mit ihren Jugendorganisationen hätten, obwohl sie immer das Wohl der Allgemeinheit im Munde führten, nichts getan, um die Aktion „Roter Punkt“ bei ihren Aktivitäten zu unterstützen. Wenn die Aktion für Fahrpreiserhöhungen eintrete, so denke man hier nicht nur an Schüler- und Lehrlingskarten, sondern genauso an die Interessen der Lohnabhängigen.

Die Aktion soll, so erklärte das AK ausdrücklich, so lange fortgesetzt werden, bis durch die zuständigen Stellen die Zurücknahme der Tarifierhöhungen vom 1. Juli erfolgt ist.

Erfreulich sei, daß sich sehr viele Esslinger Autofahrer spontan dem „Roten Punkt“ angeschlossen haben und beim Personentransport mitmachen. Nur durch gemeinsame Aktionen, wie sie gerade am Esslinger Bahnhof und im Stadtgebiet abliefern, kann nach Ansicht des AKs die abhängige Bevölkerung ihre berechtigten Interessen wirksam wahrnehmen.

Liebe Bürger von Esslingen, Nellingen, Denkendorf, Neuhausen und Scharnhäuser!

Seit 1. Juli wird unser Straßenbahnverkehr von Esslingen in die Fildergemeinden empfindlich durch Demonstrationen gestört.

Wir bedauern, daß dadurch Unregelmäßigkeiten im Verkehrsablauf unserer Straßenbahn- und Omnibuslinien aufgetreten sind. Wir werden uns bemühen, den Betrieb soweit irgend möglich aufrechtzuerhalten und Sie rechtzeitig über Verkehrsumleitungen und Ersatzverkehr unterrichten.

Wir bitten aber um Verständnis, wenn es einmal nicht so klappt, wie Sie es gewohnt sind.

Wir appellieren aber auch an die jugendlichen Demonstranten und deren Eltern, es nunmehr genug sein zu lassen. Diejenigen, die es angeht, sind jetzt durch die Demonstrationen genügend unterrichtet.

Auch wir versuchen seit Jahren, die Verantwortlichen in Bund, Land und Gemeinden auf ihre Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr aufmerksam zu machen und fordern schnelle, wirksame finanzielle Hilfe.

Noch in diesem Jahr erwarten wir Entscheidungen.

Bis dahin müssen wir aber unserer Belegschaft Löhne zahlen. Unseren Straßenbahn- und Busbetrieb wollen und müssen wir aufrechterhalten, in Ihrem Interesse.

Jede Preiserhöhung ist für den Kunden unerfreulich; bedenken Sie aber:

Die END hat ihre Preise seit 1. Oktober 1966 stabil gehalten.

Bitte, haben Sie Verständnis für diese Situation, die die END nicht ändern kann; wir sitzen mit Ihnen in einem Boot.

Mit freundlichem Gruß

Straßenbahn Esslingen-Nellingen-Denkendorf-GmbH

Geschäftsführungs- und Betriebsrat

Die Rädelsführertheorie

Etwa 2 Stunden nachdem Wolfram Burger Zusammen mit anderen Genossen von der EZ interviewt worden war, wird er mitten auf dem Bahnhofplatz verhaftet und abgeführt. Am Samstag wird er als einer der "Hauptakteure" der RPA zu sieben Tagen Polizeigewahrsam (Vorbeugehaft) verurteilt. Doch das Urteil hat seinen Zweck nicht erfüllt - im Gegenteil. Der Richter, dessen Absicht es eigentlich war, mit der Festsetzung von einem der Rädelsführer der Demonstration (den "rechts und ordnungswidrigen Zustand") am Bahnhof zu beenden - so der Grundtenor des Gerichtsbeschlusses - muß erkennen, daß der Aktion so nicht beizukommen ist.

EZ 12.7.71:

Aktion „Roter Punkt“

Die Aktion „Roter Punkt“ wurde in Esslingen auch über das Wochenende fortgesetzt, allerdings nicht mit lautstarken und spektakulären Demonstrationen; wer es für richtig hielt, bediente sich eben des in den letzten Tagen viel diskutierte Roten Punkts.

Unterdies laufen die polizeilichen Ermittlungen weiter, ob zwei Zwischenfälle in der Nacht zum Freitag auf das Konto der Aktion Roter Punkt gehen oder nicht. In dieser Nacht hatten unbekannte Täter Weichen und Schienen auf der Straßenbahnlinie Esslingen-Nellingen-Denkendorf mit Zement und Schottersteinen verschmiert. Der Zement war jedoch beim Passieren der ersten Bahn noch so frisch, daß kein Schaden entstehen konnte. Bei Tageslicht rechtzeitig entdeckt wurden auch die ca. fünfzehn ausgedienten Schwellen, die auf der Strecke Nellingen-Scharnhausen quer über die Straßenbahnschienen gelegt worden waren.

Samstag und Sonntag kam es am Esslinger Bahnhof nur zu kleineren Zwischenfällen. Wie auch an den Tagen zuvor verkehrte die Straßenbahn lediglich bis 12 Uhr mittags.

Obendrein liefert Amtsgerichtsrat Steudle der Aktion einen Grund, den Kampf verstärkt weiterzuführen: die Solidarität mit W.B. Das AK beschließt, das als Mobilisierungsfaktor auszunutzen und kündigt auf Flugblättern und Plakaten eine Demonstration am Mo., 12.7.71, für die Freilassung von W.B. an.

MONTAG, 12.7.71, 16⁰⁰: Um 16⁰⁰ veranstaltet das AK eine Pressekonferenz. Vertreter der Lokalpresse und des Rundfunks werden über Ziele und bisherigen Verlauf der Aktion, über Brutalitäten der Polizei und über die Verhaftung W.B.'s unterrichtet. Eine Stunde später bringt der Süddeutsche Rundfunk Ausschnitte aus dieser Pressekonferenz.

Man mag zu der Aktion stehen wie man will, eins ist sicher, hier agiert eine Gruppe junger Idealisten, die Gemeinwohl über Eigenwohl stellen. Anstatt bei herrlichem Wetter Badefreuden zu genießen, opfern sie Zeit, Geld und am Ende die eigene Freiheit. Die Demonstrationen richten sich — wie wir alle wissen — gegen die Fahrpreiserhöhungen, die von Teilen der Bevölkerung als gegebene Tatsachen widerspruchslos hingenommen werden.

Hand aufs Herz. Wer schimpft nicht wegen der steigenden Preise? Aber handeln — das überlassen wir gerne anderen. Und wenn dann tatsächlich gehandelt wird, so kommt auch schon der Ruf — von wem auch immer — nach dem starken Arm der Polizei.

Zugegeben, ich möchte nach Lage der Dinge kein Polizist sein, aber ebenso wenig einer der Verantwortlichen, die sich seit 11 Tagen darüber Gedanken machen wollen, wie sie das Fahrpreissproblem aus der Welt schaffen können.

Vielleicht hat da die Polizei doch die Patentlösung gefunden: Man schnappt den angeblichen Rädelsführer der Aktion und siehe da — die Aktion ist gestorben — oder auch nicht. Als ob's so einfach wäre.

Und da beginnt das Trauerspiel zur Tragödie zu werden. Nachdem man den jungen Mann hoch offiziell in polizeiliches Gewahrsam genommen, darf er sich ein verlängertes Wochenende (evtl. auch etwas länger) darüber Gedanken machen, wie gut es doch ist in einem freien, demokratischen Land leben zu dürfen. Als dann die (diesen Leserbrief unterzeichnende) Mutter des in Gewahrsam Genommenen tel. bei der Polizei in Stuttgart anfragt, ob und wann sie ihren Sohn besuchen könne, wird dies verneint. Sie erlaubt sich zu fragen, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen ihr das Recht mit ihrem Sohn zu sprechen verweigert wird. Da ließ sich der Polizeimeister zu dem folgenden, wörtlich wiederholten Satz hinreißen: „Sie haben überhaupt kein Recht.“

So, nun wußte sie's genau. Und hier ist ein Punkt gesetzt. Ob es ein Roter ist, ich weiß es nicht. Nachzutragen wäre, daß das Gespräch mit dem Sohn zwei Stunden später doch noch zustande kam, dank eines rührigen Rechtsanwal-

Elisabeth Burger, Esslingen,
Nichtmitglied der Aktion Roter Punkt

Zum erstenmal Vorbeugehaft?

Angeblicher Hauptakteur des Esslinger „Roten Punktes“ hinter Gittern

ESSLINGEN. Der Student Wolfram Burger (20) sitzt seit Freitag letzter Woche hinter Schloß und Riegel: Am Samstag befand Schnellrichter Steudle beim Esslinger Amtsgericht, Burger gehöre zu den Hauptakteuren der Aktion „Roter Punkt“, die sich gegen die Fahrpreiserhöhungen in der alten Reichsstadt wende. Burger wurde in einem Schnellverfahren in Polizeigewahrsam Dorotheenstraße in Stuttgart gebracht, „wo ihm“ — so Steudle — „selbstverständlich alle Freiheiten eingeräumt werden“. Indessen hat sich „Roter-Punkt“-Akteur Burger nicht strafbar gemacht: Der Paragraph 22 des württembergischen Polizeigesetzes macht es möglich, Leute vorläufig bis zu 14 Tage festzusetzen, wenn sie „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung“ darstellen. Dieser Fall von Vorbeugehaft, so nennen Burgers Mitdemonstranten den ominösen Paragraphen aus dem württembergischen Polizeigesetz, ist — so Richter Steudle — „auch bei uns in dieser Form noch nicht vorgekommen“.

In einer Pressekonferenz versuchten die Esslinger „Roter-Punkt“-Akteure am Montag darzustellen, daß die Aktion durch die „Insistierung“ Burgers eher noch an Anzugskraft gewonnen habe. Schwere Vorwürfe wurden der Polizei vom Aktionskomitee gemacht. Die Polizei weigerte sich beispielsweise auf Befragen, Name und Dienstnummer bekanntzugeben. Brutal verhalten hätten sich auch Fahrer der END: Mit „80 Sachen“ sei ein Bus in eine Menschenmenge hineingefahren; ein kleines Kind sei dabei gerade noch davongekommen. Als Kronzeugen für rüde Polizeitaktiken hatten sich die „Rote-Punkt“-Leute die

Mutter des verhafteten Wolfram Burger geholt: diese berichtete, ein Polizeimeister habe ihr mit den Worten: „Sie haben überhaupt kein Recht!“, den Besuch bei ihrem Sohn in der Dorotheenstraße in Stuttgart verwehrt. Erst nach Intervention des Rechtsanwaltes sei sie zu ihm gelassen worden und — so die Mutter — „inzwischen ist seine Behandlung ausgezeichnet“.

In einer Demonstration forderten ungefähr 250 „Rote-Punkt“-Leute, die sich von der arg attackierten Polizei auf ihrem Demonstrationsweg begleiten ließen, die Freilassung Burgers. Bei der Abschlußkundgebung auf dem Blarerplatz diskutierte OB Klapproth mit wenig Erfolg; er ging, als er in eine politische Diskussion verwickelt werden sollte. Sprechchor-Kommentar der Demonstranten: „Wolfram raus — und Klapproth rein!“ Esslingens Straßenbahnen stellten übrigens auch am Montag trotz nur wenigen Demonstranten wieder den Verkehr ein. hem

Montag, 12.7.71, 17⁰⁰: An der Demonstration beteiligen sich wieder etwa 300 junge Leute, die insgeheim erhoffte Teilnahme anderer Bevölkerungsschichten bleibt aus. Auf der anschließenden Kundgebung auf dem Blarerplatz werden kurze Ansprachen gehalten, Solidaritätsadressen verlesen und dann ein Teach-in durchgeführt, an dem sogar OB Klapproth glaubte teilnehmen zu müssen.

Über die Diskussion mit OB Klapproth schreiben wir in unserer Schülerzeitung „WAS TUN in der Schule“, das, was die EZ nicht bringen kann: daß der „Stadtvater“ sich unsterblich blamierte.

Nach dem Abgang Klapproths traut sich der Direktor der Städt. Verkehrsbetriebe, Sahm, nur zu sagen, daß er nichts zu sagen habe ...

Ein Vertreter der Esslinger Polizei wollte unbedingt noch klarlegen, daß diese sich sehr für Wolfram Burger eingesetzt habe, (wer hat ihn dann festgenommen?) und D daß, falls er freigelassen werden sollte, wir dies nicht unserer Demonstration, sondern ihr zuzuschreiben hätten. Am Ende der Demonstration können wir unter dem Jubel der Demonstranten, die vorher laufend „Wolfram raus - Klapproth rein“ skandiert haben, die Freilassung W. B.'s bekanntgeben.

Aktionsbündnis mit dem DGB?

Der DGB kann die RPA nicht länger ignorieren: Bei der Demonstration vom Montag zogen die Schüler und Lehrlinge am Gewerkschaftshaus vorbei und forderten die Bürokraten auf, endlich zu handeln, auf Flugblättern werden Auszüge aus der ÖTV-Studie zum öffentlichen Nahverkehr (30 Pfennig - Einheitstarif!)

verbreitet. Und schließlich ist die Militanz und die Entschlossenheit der Demonstranten niemand verborgen geblieben - es ist offensichtlich, daß die RPA weit davon entfernt ist aufzugeben. Die Unruhe, die der Rote-Punkt an der Basis ausgelöst hat, zwingt die Bürokratie zum handeln.

EZ 14.7.:

ÖTV lädt zu „offenem Gespräch“

Roter-Punkt-Demonstrant Wolfram Bürger auf freiem Fuß

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Kreisverwaltung Esslingen, hat gestern mitgeteilt, daß für heute Abend im Esslinger Gewerkschaftshaus in der Kanalstraße ein Gespräch anberaumt wurde, das der Aktion „Roter Punkt“ gilt. An dem Gespräch werden Vertreter der ÖTV, der ÖTV angehörende Polizeibeamte, der ÖTV angehörende Betriebs- und Personalräte des Esslinger Städtischen Verkehrsbetriebs, der Straßenbahn END und der Bundesbahn teilnehmen. Vertreter der Aktion „Roter Punkt“ haben zugesagt. Es ist die Absicht des Gesprächsveranstalters, der ÖTV, in einer offenen Aussprache dazu beizutragen, Konfrontationen abzubauen.

In diesem Zusammenhang ging gestern ein Brief der Esslinger ÖTV an Oberbürgermeister Klapproth, in dem es heißt: „In der Anlage übersenden wir Ihnen zur Einsichtnahme ein Exemplar unserer Or-

ganisation über Vorschläge zur Lösung der Nahverkehrsprobleme in den Städten und Ballungsgebieten, die unser Hauptvorstand am 8.7.71 in Bonn in einer öffentlichen Tagung bekanntgab.

Was die Ereignisse der letzten Tage zu den Fahrpreiserhöhungen in Esslingen anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß eine weitere Konfrontation unserer Mitglieder sowohl bei den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben, als auch bei der Polizei mit der Aktion „Roter Punkt“ von uns nicht mehr verantwortet werden kann. Eine sofortige Maßnahme des Gemeinderates halten wir als dringendst geboten. Wir bitten Sie daher, die Frage der Fahrpreiserhöhung dem Gemeinderat zur Beratung baldmöglichst nochmals vorzulegen. Wir verkennen nicht die finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe, jedoch sind wir der Auffassung, daß Fahrpreiserhöhungen auf die Dauer nicht zur finanziellen Gesundung der Nahverkehrsbetriebe führen.

Auch die Unruhe unter den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften ist verständlich und sollte die nötige Beachtung finden.“

Zur selben Zeit, als Mitglieder des AK mit dem DGB verhandeln, werden am Mittwochabend die Blockaden ausgedehnt, so daß jetzt auch der Busverkehr eingeschränkt werden muß.
StN am 15.7.:

Folge der „Aktion Roter Punkt“

Esslinger Busse fahren nicht mehr

ESSLINGEN (p) — Erneut kam es gestern abend ab 16.30 Uhr zu Demonstrationen bei der Straßenbahn-, Bus- und Obus-Haltestelle am Bahnhof Esslingen.

Von 300 bis 400 Personen, die sich hier eingefunden haben, beteiligten sich — nach Angaben der Polizei — etwa 200 an den Demonstrationen, wodurch der öffentliche Verkehr erneut völlig lahmgelegt wurde. Nachdem bereits vor einigen Tagen die Straßenbahn Esslingen-Nellingen-Denkendorf GmbH (END) den Verkehr eingestellt hatte, entschloß sich auch der Städtische Verkehrsbetrieb Esslingen, seine Fahrzeuge nicht mehr fahren zu lassen.

Die Hoffnung des AK die Gewerkschaften würden nun endlich seine Aktivitäten unterstützen, erfüllt sich nicht.
EZ 16.7.:

Bei „Blockade ja oder nein?“ schieden sich die Geister

Aussprache zwischen Gewerkschaftern und „Roter Punkt“

(he) — An der Frage, ob eine Straßenbahn- oder Busblockade als legales Protestmittel im Rahmen der „Roten-Punkt“-Aktion anzusehen sei oder nicht, scheiterte am Mittwochabend eine gemeinsame Erklärung des DGB und des Aktionskomitees (AK) „Roter Punkt“. In der Erklärung hätte der Esslinger Gemeinderat u. a. aufgefordert werden sollen, bis zum 21. Juli zusammenzutreten und alle Fahrpreiserhöhungen zurückzunehmen.

Zuvor hatten sich Gewerkschafter von Polizei, Verkehrsunternehmen und der Bundesbahn zu der gegenwärtig laufenden Aktion geäußert. Grundsätzlich, so der Tenor der meisten Stellungnahmen, habe man gegen die „Rote-Punkt“-Aktion nichts einzuwenden (Polizeihauptkommissar Striegl, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft in der ÖTV: „Viele Kollegen sind selber von den Preiserhöhungen betroffen und sympathisieren mit den „Rote-Punkt“-Leuten. Solange die Mitfahrorganisation ordentlich über die Straßenbahnschienen abgewickelt wird, könnte man sie durchaus billigen.“)

Unmut über Nebenerscheinungen

Allerdings, die Nebenerscheinungen der Aktion haben beim fahrenden Personal Linie END und den Städt. Verkehrsriegen Unmut hochsteigen lassen. Man beklagt sich, daß Fahrgäste angepöbelt worden sind und daß das Fahrpersonal übelste Beschimpfungen habe über sich ergehen lassen müssen. Andere Sorgen hatte der Vertreter der Eisenbahngewerkschaft, Scholz. Er protestierte im Namen der DB-Personalratsvertreter über den Lärm auf dem Bahnhofsvorplatz, der die Ruhe des fahrenden Personals, das sich im Bahnhofsgebäude aufhalte, erheblich beeinträchtigt.

Ein Mitglied des AK gab zu bedenken, daß die gegen die Fahrpreiserhöhungen protestierende Menge immer nur dann aggressiv werde, wenn sie von irgendeiner Seite provoziert werde. Wenn das AK hier, keine Einflußmöglichkeit auf spontane Emotionsausbrüche habe, so liege das nicht zuletzt daran, daß es sich bei ihm um einen recht kleinen Kreis handele, der nicht überall aufpassen könne.

Herbe Kritik erteteten die Gewerkschaften vom AK dafür, daß sie bis jetzt versäumt hätten, ihre Mitglieder zu mobilisieren und noch nichts wirklich Konkretes getan hätten, um den Griff nach dem Geldbeutel des Arbeitnehmers zu verhindern. Mit einer halbseitigen Anzeige der Linie END in der „EZ“ hätten sich manche Gewerkschafter gar Unternehmerargumente zu eigen gemacht.

Polizei: Bis zu 80 Überstunden

Der ÖTV-Bezirksvorsitzende Heinkele warnte zusammen mit dem stellvertretenden DGB-Kreisvorsitzenden Gress davor, sich über Grundsatzfragen zu streiten. In der gegenwärtigen Situation müsse man vielmehr versuchen, eine gemeinsame Solidaritätsbasis zu finden und den Esslinger Gemeinderat zum schnellen Handeln aufzufordern.

Heinkele: „So geht es nicht weiter. Wen wundert manche Reaktion der Polizei, wenn man weiß, daß die meisten Beamten über Gebühr belastet sind und teilweise nach Aussagen des Kollegen Striegl in den letzten zehn Tagen bei der Hitze bis zu 80 Überstunden gemacht haben?“

„Preiserhöhungen zurücknehmen“

Eine Sechs-Punkte-Erklärung, von ÖTV-Heinkele schnell entworfen, sollte einen Knopf unter das gemeinsame Gespräch machen und, so meinte man auf Gewerkschafterseite, beiden Parteien ohne Gesichtverlust gerecht werden.

Die sechs Punkte lauteten:

● Der DGB und seine angeschlossenen Gewerkschaften, insbesondere die ÖTV, begrüßt die Aktion „Roter Punkt“ in Esslingen;

● der Gemeinderat der Stadt Esslingen wird vom DGB und dem AK aufgefordert, bis spätestens 21. 7. 1971 zusammenzutreten und alle Preiserhöhungen zurückzunehmen.

● bis eine in diesem Sinne erzielte Regelung erfolgt, fordert der DGB die ganze Bevölkerung und besonders seine Mitglieder auf, die Möglichkeiten der Aktion „Roter Punkt“ in Anspruch zu nehmen;

● das Aktionskomitee wird sich auf legale Mittel beschränken;

● der DGB und das AK sind ausschließlich im Interesse der Esslinger Bevölkerung sowie der Umgebung und der betroffenen Arbeitnehmer (Polizei, Straßen- und Omnibuspersonal) tätig;

● der DGB und das AK werden sich am 22. des Monats wieder treffen, um weitere Maßnahmen zu beschließen.

Gemeinsam oder gar nicht

Eine Klausurberatung des AK schloß sich an die Verlesung dieser Erklärung an. Als die jungen Leute wieder Platz genommen hatten, zeigten sie sich mit allen Punkten bis auf Nummer vier einverstanden. Aber: An der Frage, ob eine Fahrzeugblockade als legales Mittel der Aktion anzusehen sei oder nicht (so die gewerkschaftliche Auffassung), schieden sich die Geister. Ein Zusatz im Papier, daß nur das AK unter legalen Mitteln auch die Blockade verstehe, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Heinkele: „Entweder eine gemeinsame Erklärung oder keine. Wenn es das AK nicht schafft, seine Aktion bis zum 21. Juli ohne Behinderung der Linie END und des Städt. Verkehrsbetriebes durchzuführen, wird es keine Einigung geben.“

Das AK konterte mit dem bekannten Bremer Amtsgerichtsurteil und betonte, daß allein mit Blockademaßnahmen weiterer Druck ausgeübt werden könne, ein Druck, den die Gewerkschaften im Interesse ihrer Kollegen vom Fahrpersonal und der Polizei nicht hinzunehmen und schon gar nicht durch Unterschrift zu billigen bereit waren.

Fazit: Ein gemeinsamer Nenner konnte wegen der auseinanderlaufenden Auffassungen in der Frage der Legalität von Blockademaßnahmen nicht gefunden werden. Nach dem Scheitern des Gesprächs meinte DGB-Gress resignierend: „Dann ist's eben nichts mit der gemeinsamen Erklärung. Schade, daß es nicht soweit gekommen ist.“

Auch am gestrigen Donnerstag setzte die Aktion „Roter Punkt“ wie in den Vortagen ihre Tätigkeit vor allem im Bereich des Bahnhofsvorplatzes fort. In den Abendstunden mußten Polizeiketten immer wieder für die öffentlichen Verkehrsmittel die Fahrbahn freimachen. Zu anderen, ähnlichen Zwischenfällen kam es. Redaktionsschluß nicht.

Die Stadt hat es mit der Erhöhung des Zuschusses für Schülermonatskarten nun sehr eilig.
EZ am 15.7.:

7 Mark Fahrkostenzuschuß für Schüler vorentschieden

Erhöhung rückwirkend ab 1. Juli — OB: Eilentscheidung möglich

(h5) — Eine Erhöhung des städtischen Zuschusses bei der Schülerbeförderung auf öffentlichen Verkehrsmitteln in Esslingen vom 1. Juli 1971 ab von bisher drei auf sieben Mark monatlich wurde gestern nachmittag in der gemeinsamen Sitzung von Kultur- und Schulausschuß und Schulbeirat sozusagen vorentschieden. In der Sitzung im Alten Rathaus legte die Verwaltung eine Vorlage der Stadtkämmerei vor, die auch den Antrag auf die Zuschußerhöhung beinhaltet. Sämtliche Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses erklären für ihre Fraktionen, daß der Antrag vom Gemeinderat angenommen werde. Oberbürgermeister Klapproth kündigte die Möglichkeit einer Eilentscheidung an, nachdem auch der Verwaltungsausschuß — und damit die Mehrheit im Gemeinderat — in seiner Sitzung am kommenden Montag die Zustimmung zum Antrag gegeben haben werde.

STN am 15.7.71:

„Aktion Roter Punkt“ in der Diskussion

Polizei in der Sackgasse

Polizeipräsident Kuhn nimmt Stellung zum Fall Esslingen

ESSLINGEN/ULM (wku) — Die Polizei fühlt sich in einer Sackgasse, wenn sie — wie jüngst bei der Aktion „Roter Punkt“ und Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln in Esslingen — gegen jugendliche Demonstranten vorgehen muß. Dies betonte Polizeipräsident Kuhn während einer Pressekonferenz in Ulm nach einer Tagung der Polizeichefs.

Die Polizei befinde sich im Falle Esslingen in einer Zwickmühle. Sie könne den Betrieb mehrerer Linien des öffentlichen Nahverkehrs auf die Dauer auch mit starken Kräften nicht garantieren, wenn die Demonstrationen von einem Großteil der Bürger mitgetragen werden. Sie sei im übrigen auch nie erfreut, wenn sich gegen Jugendliche und Kinder vorgehen müsse, um deren Vertrauen sie doch gerade werbe.

Polizeipräsident Kuhn ließ keinen Zweifel, daß er es „nicht mehr für den Ausdruck eines Demonstrationswillens“, sondern für „Nötigung, Freiheitsberaubung und andere Tatbestände“ halte, wenn sich Personen vor Omnibussen oder Straßenbahnen setzten. Andererseits verhehlte Kuhn

nicht sein Verständnis für das Anliegen der Demonstranten, wo es ihnen darum ging, nach den „kräftigen Gebührenerhöhungen“ wenigstens einen Härteausgleich zu errei-

Präsident Kuhn in den StN am 16.7.:
Nicht in der Sackgasse

Landespolizeipräsident Helmut Kuhn, der Präsident der Landespolizeidirektion Nordwürttemberg legt im Zusammenhang mit unserem Bericht „Polizei in der Sackgasse“ (15. Juli) Wert auf die Feststellung, daß er bei der Pressekonferenz in Ulm am 14. Juli weder die Ausdrücke „Sackgasse“ noch „Zwickmühle“ gebraucht hat. Die Polizei fühle sich in Esslingen durchaus einsatzfähig und keineswegs in einer Sackgasse. Sie habe jedoch stets die elementaren Grundsätze des Mindesteingriffs und der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten und müsse ihr Vorgehen an den polizeilich anzustrebenden und erreichbaren Zielen orientieren. Der zuverlässige Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel in Esslingen lasse sich allenfalls mit starken Polizeikräften unter Anwendung von Gewalt für jeweils begrenzte Zeitabschnitte garantieren. Bei einer solchen Eskalation wären schwerwiegende Vorkommnisse auch zum Nachteil Unbeteiligter nicht auszuschließen; außerdem wären die Störungen der öffentlichen Ordnung zweifellos empfindlicher und anhaltender als bisher. Die Polizei habe in den zurückliegenden Tagen davon abgesehen, gegen Kinder und Jugendliche Hilfsmittel der körperlichen Gewalt (z. B. Hieb- und Schlagwaffen) einzusetzen, zumal ein Beschluß des Gemeinderats über einen Härteausgleich für die Esslinger Schüler für die nächsten Zeit angekündigt ist.

Nach dem Scheitern der gemeinsamen Erklärung unternehmen die Gewerkschaften überhaupt nichts mehr. Nur die GdED

rafft sich noch zu einer Stellungnahme auf:
StN 17.7.:

Auch GdED fordert in Esslingen:

Rasch einen Verkehrsverbund

Der Nahverkehr soll attraktiver gestaltet werden

ESSLINGEN (tz) — Auf Schiene und Straße soll der Personennahverkehr stärker gefördert werden. Dazu müßten auch wirksame Maßnahmen kommen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern. Diese Auffassung vertrat Herbert Scholz, Vorsitzender der Gewerkschafter der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ortsverwaltung Esslingen, in einer Mitgliederversammlung. Scholz sagte, das Park-and-ride-System sollte durch eine Staffelfung der Kilometerpauschale für diejenigen Autofahrer attraktiv gemacht werden, die für die Fahrt vom Stadtrand oder von außerhalb zum nächsten Bahnhof und von dort zum Arbeitsplatz öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Die zunehmende Verwirklichung eines Verkehrsverbundes, wie er mit Erfolg in manchen Städten praktiziert werde, ist nach Ansicht von Herbert Scholz ein wichtiges Mittel, die Verkehrsleistung im Nahverkehr zu verbessern. Solche Verbesserungen hält die Gewerkschaft nicht nur im Hinblick auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit für notwendig, sondern sie betont zugleich die Dringlichkeit, dem ständigen Anstieg der Fahrzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu begegnen. Dieser steigende Zeitaufwand sei eine „vermeidbare Produktivitätsbremse“, die auch jegliche Arbeitszeitverkürzung zunichte machen könne. Eine Stunde weniger Arbeitszeit je Woche nutze wenig, wenn zugleich bei zunehmender Verkehrsdichte wöchentlich zwei oder drei Stunden mehr an „Fahrzeiten“ anfielen, in der Schwerstarbeit geleistet würde.

Bund, Länder und Gemeinden müßten sich in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen sehr intensiv der Verbesserung des Nahverkehrs zuwenden, betont der Vorsitzende der GdED in Esslingen. Angesichts der chaotischen Entwicklung des Straßenverkehrs im Ballungsraum Stuttgart sowie auf den Tag und Nacht befahrenen großen Fernstrecken sei eine andere Alternative als der Ausbau eines attrak-

tiven öffentlichen Verkehrs nicht denkbar. Endlich sei die Bundesbahn auf Grund einer weitsichtigen Verkehrspolitik in der Lage, den Bau der S-Bahn zu forcieren. Aber damit hätte man schon vor zehn Jahren beginnen müssen. Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Nahverkehrsbetriebe und ein rationeller Verkehrsverbund könnten zudem einen nicht unbeachtlichen Beitrag zur Reduzierung der Luftverschmutzung darstellen, die heute mitunter noch mit sträflicher Gleichgültigkeit lediglich registriert werde.

Auf die Fahrpreissituation im Nahverkehr eingehend, erwähnte Herbert Scholz, daß sich die GdED stets mit Nachdruck gegen eine Erhöhung der Sozialtarife gewandt habe. Der viel diskutierte Nulltarif sei jedoch eine politische Entscheidung, in die alle Nahverkehrsmittel einbezogen werden sollten, wobei die Frage der Grenzbereiche und der Finanzierung erst noch geklärt werden müßten.

ISP-VERLAG

68 Mannheim 1, Rheinhäuserstraße 26

- | | |
|---|---------|
| Isaac DEUTSCHER : "Die sozialistische Konzeption vom Menschen" | DM 1.20 |
| Leo TROTZKI : "Kopenhagener Rede über die Russische Revolution" | DM 1.50 |
| Karl KORSCH : "Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung" | DM 1.90 |
| Ernest MANDEL : "Friedliche Koexistenz und Weltrevolution" | DM 1.20 |
| Ernest MANDEL : "Die Radikalisierung der Jugend" | DM 2.00 |
| Ernest MANDEL : "Über die Bürokratie" | DM 1.50 |

Konto: S. Kreischer, PSchA Ludwigshafen, Kto-Nr. 103533



3. WOCHEN DER AKTION
LANDESPOLIZEIPRÄSIDENT KUHN: "NÖTIGUNG, FREIHEITSBERAUBUNG UND
ANDERE TATBESTÄNDE"